



Wortprotokoll

der 4. Sitzung vom 21. März 1974

Resoconto integrale

della seduta n. 4 del 21 marzo 1974

VII. Legislatur
VII Legislatura
1973 - 1978



SEDUTA **4.** SITZUNG

21. 3. 1974

INDICE

Discussione sul programma di coalizione, presentato dalla Giunta provinciale

INHALTSANGABE

Diskussion über das von der Landesregierung vorgelegte Koalitionsprogramm

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

Dott. Prof. Decio MOLIGNONI

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ORE 9.45 UHR

(Appello nominale — Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

KIEM (Sekretär — SVP): *(Verliest das Sitzungsprotokoll — legge il processo verbale)*

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale è approvato.

Signori consiglieri, come loro sanno in questi giorni un grave lutto ha colpito il Presidente del Consiglio provinciale, il collega dott. Vaja, per la scomparsa della sua mamma. Sono certo di interpretare il sentimento di tutti loro rinnovando in questa sede i sensi del nostro affettuoso cordoglio e i sensi della solidarietà nel dolore. Grazie.

Comunicazioni della Presidenza: ha giustificato la sua assenza il consigliere Müller, impegnato a Brunico per l'inaugurazione di un'agenzia della Banca Popolare. L'Assessore Mayr comunica di avere ritirato in data 15 marzo 1974 le proprie interrogazioni: N. 23, 22, 21, 20, 19, 18, 17, 16, 15, 14, 13, 12, 11, 10, 9, 8, 3 e 2. Il gruppo dell'S.P.S. comunica che il consigliere on. Hans Dietl è stato nominato capogruppo dello stesso partito.

La seduta di oggi si concluderà verso le ore 12.30 per dar modo a chi ritiene di farlo di partecipare ai funerali della madre del Presidente dott. Vaja in quel di Egna, che si svolgeranno alle ore 15. La seduta riprende domani alle ore 15.30.

Inizia la discussione sulle comunicazioni fatte dal Presidente della Giunta e sono iscritti a parlare i consiglieri Stecher e Jenny.

La parola al consigliere Stecher.

STECHER (KPI): Sehr verehrte Präsidenten! Verehrte Abgeordneten! Wir können nicht umhin, zu erklären, daß die Wahl der neuen Landesregierung in einer schlechten Art und Weise vorgenommen wurde, die gewiß nicht beispielgebend sein kann für andere öffentliche Körperschaften. Nicht nur die Oppositionsparteien, sondern der gesamte Landtag wurde nicht in die Lage versetzt, eine gründliche Beurteilung und auch konstruktive Vorschläge zu machen, was die Wahl und die Anzahl der Landesräte sowie die programmatischen Richtlinien der neuen

Landesregierung betrifft. Es ist unverantwortlich und unfair, die Wahl der Landesregierung vor der Vorlegung der programmatischen Erklärung vorzunehmen, da ja erst aus dem Regierungsprogramm der Charakter und die Zusammensetzung einer Regierung hervorgeht. Wenn wir diese Feststellung treffen, so beziehen wir uns auf die demokratischen Erfahrungen und Gepflogenheiten anderer Regional- und Gemeindegörperschaften, nicht zuletzt auf das Beispiel unserer Nachbarprovinz Trient, das bereits bei der letzten Sitzung erwähnt wurde. Selbst im Gemeinderat unserer Landeshauptstadt Bozen wird eine solche Vorgangsweise seit Jahren nicht mehr praktiziert. Das wissen die hier anwesenden Landtagsabgeordneten, die früher im Bozner Stadtrat waren, ganz genau. Die Behauptung, daß die Oppositionsparteien eine programmatische Erklärung vor der Wahl des Landeshauptmannes hätten verlangen müssen, ist eine mehr als fadenscheinige Ablenkung, da es eine demokratische Pflicht und Selbstverständlichkeit sein sollte, daß die Mehrheitsparteien von sich aus dies vornehmen, wenn sie nur ein Minimum an demokratischem Selbstverständnis haben. Die Ausrede, daß man ein Programm nicht vorlegen könne, bevor die neue Regierung gewählt ist, ist ebenfalls nicht stichhaltig, da die abgegebene programmatische Erklärung, wie wir alle wissen nichts anderes darstellt, als ein Produkt der Koalitionsverhandlungen und bereits vor der Wahl der Regierung fertiggestellt war. Und diese hätte eben vor der Wahl der neuen Landesregierung als Programm für die Legislaturperiode 1974/78 vorgestellt werden sollen. Denn auf Grund welcher, aber sicherlich nicht demokratischer Prinzipien, konnte man von den Landtagsabgeordneten verlangen, eine Regierung zu wählen und ihr das Vertrauen auszudrücken, ohne überhaupt ihr Programm zu kennen? Und wenn man sich von seiten der Mehrheitsparteien anscheinend bereits an solche autoritäre Vorgangsweisen gewöhnt hat, so ist von ihnen offensichtlich übersehen worden, daß sich bei den letzten Wahlen einige entscheidende Änderungen zugetragen haben, denen aber heute jemand noch nicht Rechnung tragen will. Niemand kann es leugnen: die Opposition in diesem Landtag ist wesentlich stärker geworden. Oder ist es gerade dieser Umstand, der zu einer solchen steifen Haltung veranlaßt hat? Wenn dies der Fall ist, so widerspricht das wirklich den in den programmatischen Erklärungen gemachten Äusserungen, wonach sich der Landesausschuß aufgeschlossen gegenüber den konstruktiven Beiträgen der demokratischen Kräfte des Landes zeigen wird. Abgesehen von

dieser Frage müssen wir heute noch die große Verspätung bei der Bildung der Landesregierung entschieden verurteilen. Es sind fast vier Monate seit den Wahlen verstrichen. Das endlose Hinausschieben und die schleierhaften Abmachungen zwischen den Koalitionsparteien haben gewiß nicht zur Lösung der so vielen anstehenden Probleme in unserem Land beigetragen. Es muß ganz offen gesagt werden, daß in den letzten Wochen, wo der aktive Einsatz der lokalen Körperschaften und der Institutionen der Autonomie besonders notwendig gewesen wäre, um den schwerwiegenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise entgegenzutreten, diese Institutionen durch die monatelangen Geheimverhandlungen der Koalitionsparteien gelähmt wurden. Die politische und wirtschaftliche Situation in unserer Provinz hat sich zusehends verschlechtert, sowohl auf Grund der allgemeinen schweren wirtschaftlichen Krise, die wohl die schwerste Krise seit dem Jahre 1945 darstellt, als auch auf Grund der vergangenen Politik der lokalen herrschenden Kreise, und nicht zuletzt auf Grund des Fehlens einer funktionsfähigen Landesregierung. Die Lebenshaltungskosten in Südtirol sind durch die maßlosen Preissteigerungen schwindelerregend hoch angestiegen, wobei die Pensionen, die Entlohnung und die mageren Ersparnisse der Arbeiter und eines großen Teiles des Mittelstandes gekürzt wurden. Auch entscheidende Sektoren unserer lokalen Wirtschaft, wie Landwirtschaft, Fremdenverkehr, wurden von der Krise hart betroffen. Wie ernst die wirtschaftliche und soziale Lage in Südtirol ist, wurde wohl beim kraftvollen Generalstreik am 27. Februar deutlich zum Ausdruck gebracht. Dieser Generalstreik richtete sich gegen die allgemeinen nationalen und lokalen Mißstände, aber auch gegen die verschleppenden Verhandlungen zur Bildung der Landesregierung. Es wurde klar unterstrichen, daß die Werktätigen nicht mehr gewillt sind, die Lasten der Krise allein zu tragen. Wir Kommunisten haben gleich nach den Wahlen gefordert, daß so rasch wie möglich eine neue Landesregierung gebildet, die bisher verfolgten politischen und wirtschaftlichen Richtlinien geändert, und eine strenge Auswahl der vorrangigsten Ziele und Aufgaben getroffen werden, welche eine neue Art von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung jetzt und in der Zukunft gewährleisten. D.h., daß Prioritäten in der öffentlichen Investitionspolitik gesetzt werden müssen, und zwar vor allem die Ausschaltung jeglicher Form von unnötigen Ausgaben, von Vetternwirtschaft und Verschwendung öffentlicher Gelder, die raschere Form des öffentlichen Transportwesens, die gezielte Förderung in der Landwirtschaft, im sozialen Volkswohnbau, der Ausbau der sozialen Dienstleistungen, der die Sicherung und Erweiterung der

Beschäftigungslage gewährleistet. Das sind die Schwerpunkte, die für die zukünftige Entwicklung unseres Landes von ausschlaggebender Bedeutung sein müssen. Und in diesen Bereichen der oben genannten Probleme liegen die Kompetenzen jetzt bei unserer Landesverwaltung. Und es wird in Zukunft gewissen politischen Kräften nicht mehr möglich sein, für ihre Regierungsunfähigkeit mangelnde Zuständigkeiten verantwortlich zu machen. Vergessen wir nicht all das Gerede über die Milliarden in den vergangenen Monaten. Vorbei die Wahlen! Vorbei der Jubel über die Milliarden! Heute schon versucht man, sich auf die schwierige finanzielle Lage hinauszureden. Es gibt Leute, die ihr wie einem unfaßbaren Naturereignis gegenüberstehen und dabei anscheinend vergessen haben, daß diese Situation eine Konsequenz einer langjährigen, bestimmten Regierungspolitik ist, wenn auch internationale Faktoren dabei einen gewissen Einfluß haben. Vergessen wir nicht, daß es sowohl in Rom als auch in unserer Provinz und in der Region die besten Beziehungen zwischen der Südtiroler Volkspartei und der Democrazia Cristiana gegeben hat und gibt, und bei der Machtbereichaufteilung immer ein Weg gefunden wurde. Die Bevölkerung Südtirols verlangt heute vor allem eine Landesregierung, die Funktionsfähigkeit, Sparsamkeit und Korrektheit gewährleistet, und nicht einen bürokratischen und künstlich aufgeblähten Regierungsapparat darstellt. Das Volk verlangt eine allgemeine Dezentralisierung: daß man den Gemeinden, den Talgemeinschaften mehr Kompetenzen einräumt. In dieser Hinsicht stellt der neugewählte Landesauschuß sicher kein Vorbild dar. Jeder kann es selbst sehen: Mehr als ein Drittel der gesamten Landtagsabgeordneten sitzt ja in der Regierung! Abgesehen von den vielen, damit verbundenen Mehrausgaben, die übrigens im Widerspruch zu beteuerten Sparmaßnahmen stehen, haben wir unsere ernststen Bedenken, daß eine solche umfangreiche Regierung einen zu schwerfälligen Gang haben wird. Was die Arbeit der Assessorate anbelangt, so kann man gewiß nicht von einer zufriedenstellenden Funktion gewisser Assessorate in der Vergangenheit sprechen. Es verstreichen oft Jahre, bis gewisse Praktiken erledigt werden; Briefe, Anfragen von Bürgern bleiben eine unendlich lange Zeit unbeantwortet, und vielfach beantwortet man gewisse Anfragen überhaupt nicht.

Wenn man sich die programmatischen Erklärungen der Landesregierung durchsieht, so muß festgestellt werden, daß fast alle Probleme nur gestreift wurden, doch keines ausführlich und gründlich behandelt wurde. Man hat vor allem auch vermieden, sich gewisse Termine zu setzen, innerhalb welcher die verschiedenen Probleme gelöst werden müßten.

Ohne Übertreibung sind die programmatischen Erklärungen eine Anhäufung von politischen Kompromissen, welche die politische, ethnische und wirtschaftliche Entwicklung in Südtirol ernsthaft belasten werden. Es ist ein Kompromißabkommen, das eine Reihe von Grundfragen in den Hintergrund gestellt hat. Eines der dringendsten Probleme, das schon von der Regionalregierung durch Jahre hindurch vernachlässigt wurde, stellt das öffentl. Transportwesen in unserer Provinz dar. Es wird bereits ganz allgemein zugegeben, daß das Transportwesen keineswegs mehr in der Lage ist, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten zu entsprechen. Wenn jetzt im Regierungsprogramm von der Erstellung einer Planung der öffentlichen Verkehrsdienste gesprochen wird, so ist das sicher notwendig, doch hätte eine solche, angesichts der unhaltbaren Mißstände schon längst, und vor allem genauer, mit einer stufenweisen Terminsetzung erfolgen müssen. Es gibt viele Ortschaften unseres Landes, die höchst ungenügende Verbindungsstraßen und -wege haben. Außer wirtschaftlichen Nachteilen für die betroffenen Gemeinden sind deren Bewohner großen Schwierigkeiten ausgesetzt, um zu ihren Arbeitsplätzen zu kommen. Auch die Schülertransporte sind in so manchen Gemeinden alles andere als zufriedenstellend. Es fehlt vor allem an entsprechenden Verbindungsmitteln zu den Tälern und Landgemeinden. Die Städte und größeren Gemeinden unserer Provinz leiden unter einem Verkehrschaos, weil die notwendigen sachlichen Verkehrsplanungen und die konkreten Maßnahmen nicht ergriffen wurden. Besonders arg steht es um die städtischen Verkehrsmittel in Bozen und Meran, was kein Geheimnis mehr ist. Und es ist höchste Zeit, mit diesem Zustand Schluß zu machen. Es muß damit aufgehört werden, daß man für solch schlechte Dienste hunderte von Millionen auswirft. Es ist nicht mehr weiter aufschiebbar, daß diese Betriebe von der öffentlichen Hand übernommen und geführt werden. Auch das jetzige Regierungsprogramm spricht nur sehr vage von „Anpassung an die Notwendigkeit, Lösungen auszuarbeiten“, nur von „zukünftigen Planungen des lokalen Straßennetzes“, nur von der „Möglichkeit, Transportdienste zu vergemeinschaftlichen“, vielfach aber ohne genaue und ernsthafte Verpflichtung, obwohl doch bereits genug Zeit verstrichen wäre, in der man konkrete Vorschläge und Zeitpläne hätte erstellen können. Unserer Ansicht nach ist es unerlässlich, so rasch wie möglich das gesamte System des öffentlichen Verkehrs- und Transportwesens einer effektiven Reform zu unterziehen, mit dem Ziel, endlich eine verbesserte Verkehrsschließung unserer Täler und Landgemeinden zu gewährleisten, und die Lö-

sung für die großen Transportprobleme unserer Pendler und Schüler zu schaffen.

Niemand kann heute mehr bestreiten, daß der Mangel an menschenwürdigen und preisgünstigen Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung sehr groß ist, was vor allem auch die Gewerkschaften in den letzten Jahren besonders hervorgehoben haben. In den letzten Tagen konnten wir vernehmen, daß sich um 106 GESCAL-Wohnungen, die im Bau sind, 2041 Arbeiter beworben haben, die größtenteils mit kinderreichen Familien in menschenunwürdigen und unhygienischen Wohnungen hausen. Dabei ist zu bemerken, daß sich viele wegen der offensichtlichen Aussichtslosigkeit gar nicht erst beworben haben, obwohl sie in ungesunden und schlechten Wohnungen leben. Diese kritische Situation finden wir nicht nur in Bozen, sondern in allen größeren Siedlungsbaltungen unserer Provinz. Andererseits ist es aber bekannt, daß es unzählige leerstehende Wohnungen gibt, und außerdem tausende Wohnungen an Ausländer verkauft wurden. Weiters ist zu bemerken, daß den großen Grund- und Bauspekulanten in den letzten Jahren allzu freie Hand gelassen worden ist. Diese Spekulationen haben dann natürlich ihre Auswirkungen auf die Mietzinse gezeigt. Viele Wohnungen stehen, wie gesagt, leer. Wie kann auch ein Arbeiter mit einem Durchschnittsmonatsgehalt von 140.000 Lire eine Miete von 70.000 Lire und mehr für eine einfache Wohnung ausgeben? Gerade die Mieten sind, neben der Preissteigerung, jene Ausgaben, die auf dem Gehalt der Werktätigen am schwersten lasten. Heute geht es aber nicht allein darum, der großen Wohnungsmisere entgegenzutreten, sondern auch darum, die Erhöhung der Mieten zu verhindern. Die bisher betriebene Wohnbaupolitik des Landesausschusses hat keineswegs den Bedürfnissen entsprochen. Auch die Kreditleichterungen für Genossenschaften und Eigentumswohnungen sind nur einer beschränkten Bevölkerungsschicht zugute gekommen, und vielmals solchen Personen, die ihrer nicht bedurft hätten. Außerdem hat die Abänderung und Verschlechterung des nationalen Wohnbaugesetzes die lokale Situation bestimmt noch verschlimmert. Dieser ganze Fragenkomplex ist äußerst ernst. Die jetzige Landesrätin Gebert-Deeg mußte bei einer anscheinend sehr lebendigen KVV-Versammlung selbst eingestehen, daß einige Punkte änderungsbedürftig sind, entsprechend den Zeitungsberichten der „Dolomiten“. Wenn in den programmatischen Erklärungen auch eine Aufstockung der Geldmittel für den Volkswohnbau vorgesehen ist, darf nicht vergessen werden, daß die Preise der Baumaterialien um durchwegs fünfzig Prozent gestiegen sind. Wenn man mit den für den geförderten Wohnbau vorgese-

henen Summen eine realistische Rechnung aufstellt, so sieht die Situation alles eher als rosig aus.

Eine sehr ernste Sache stellt der Umstand dar, daß die Probleme der Land- und Forstwirtschaft in der programmatischen Erklärung in einer Dreiviertelseite abgetan wurden. Es weiß doch jeder, daß die Landwirtschaft auf nationaler und lokaler Ebene in eine sehr ernste Situation versetzt ist, die vor allem unsere kleinen und mittleren Bauernbetriebe betrifft. Wir haben eine sehr ernsthafte Absatzkrise. Tausende von Waggons unseres Qualitätsobstes wurden zu Schleuderpreisen verkauft, und hunderte von Waggons stehen noch in den Magazinen und sind nicht verkauft, während andererseits die Verbraucherpreise für Obst so hoch sind, daß sich der Großteil der Arbeiterfamilien das Obst nicht mehr leisten kann.

Unser Rinderbestand ist in den letzten fünfzehn Jahren genau wie im übrigen Italien enorm zurückgegangen, dies auch durch den Umstand, daß man die inländische Erzeugung durch Importe aus dem Ausland gedrosselt hat. Auf diesem Gebiete hat man den Großhändlern, vor allem auch in unserem Land, freies Spiel gelassen. Außerdem wurden nicht genügend Studien zur Erforschung der Rinderzucht durchgeführt, und nur passiv wurden die Initiativen der Rinderhaltungsgenossenschaften unterstützt, wenn nicht absichtlich manchmal sogar sabotiert.

Die Kreditmittel zur Sanierung landwirtschaftlicher Betriebe wurden in ungenügender und zudem in ungerechter Weise verteilt. Bei den durch die Tierseuchen entstandenen Schäden hat man die Bauern vielfach ihrem Schicksal selbst überlassen. In der Vergangenheit ist man mit den Geldmitteln vielfach unrationell umgegangen. Ist es denn notwendig gewesen, Viehzuchtverbände zu finanzieren? Erst kürzlich haben sich diese zu einer Vereinigung zusammengeschlossen. Das hätte längst früher gemacht werden können.

Auf dem Gebiet der Kulturmeliiorierung ist so wenig gemacht worden. Zudem aber, bei Bestimmten hat nicht eine richtige, ertragsbewußte Abschätzung vorrangig gegolten.

Wir sind für die Förderung des Fremdenverkehrs. Aber wir müssen uns gegen die Verwahrlosung und Zerstörung unserer schönen Almgebiete aussprechen, die durch touristische Infrastrukturen oftmals schwer beschädigt worden sind. Und wir haben heute herrliche Almen, die vollkommen verlassen sind. Durch eine Reihe von wirtschaftlichen Gründen ist eine Reihe von kleinen Bauernanwesen, besonders in den Berggebieten, existenzunfähig geworden. Einige dieser Anwesen sind dem schamlosen Ausverkauf an Ausländer preisgegeben worden. Gerade auf diesem Gebiet hätte die vergangene Landesverwaltung neue Gesetze und Investitionen vorsehen müssen, damit

diese Gründe und Anwesen von der öffentlichen Hand aufgekauft und zur Aufstockung anderer Betriebe und gemeinschaftlicher Betriebe verwendet werden können. Derartige Betriebe greifen nicht nur wir auf, derartige Maßnahmen sehen wir in unseren Nachbarländern, in Nordtirol, wo man versucht, die Einheit des Bauernwesens sicherzustellen, indem aber die Gründe nicht der Privatspekulation übergeben werden, sondern die öffentliche Hand eingreift und diese Dinge rechtmäßig auch lenkt.

Große Mängel gibt es in der Forstwirtschaft. Es gibt so einige Gemeinden, deren Wälder durch wirklich nicht erforderliche Straßen und Wege durchschnitten worden sind. Man muß sich fragen: Wäre es nicht notwendig gewesen, die auf diese Weise in den letzten Jahren verpulverten Milliarden zur Aufzucht besser zu verwenden? Und so könnte man noch eine Reihe anderer Probleme, schwerwiegender Probleme, in der Landwirtschaft aufgreifen. Tatsache ist, daß es an zahlreichen Infrastrukturen für bäuerliche Betriebe fehlt. Tatsache ist aber auch, daß es in Südtirol einer gründlichen und sachlichen Abschätzung der Lage auf dem Gebiete der Landwirtschaft bedarf, daß Strukturänderungen notwendig sind und daß angesichts dieser wirtschaftlichen Krise bestimmte Schwerpunkte gesetzt werden müssen, wie auf nationalem Gebiet. So hat auch die Südtiroler Landesregierung bezüglich des landwirtschaftlichen Notstandsprogrammes zu einseitig und nur mit Daten und Zahlen herumgeschmissen und zu wenig die ganzen, damit zusammenhängenden Reorganisationsfragen bezüglich der Umstellung auf die Fleischproduktion behandelt. Und angesichts der immer weiter steigenden Preise für Kraftfutter und Düngemittel stellen die vorgesehenen Prämien für das Schlachtvieh keinen besonderen Anreiz dar. Und dasselbe gilt auch für den Bauern, dem man für das Schlachtvieh nur 600 oder 700 Lire pro Lebendgewicht bezahlt. Aus diesen Dingen ist zu schließen, daß außer den Prämien eine Reihe anderer Initiativen unbedingt ergriffen werden müssen. Diese ernste Krise in der Landwirtschaft zeigt hauptsächlich unseren kleinen und mittleren Bauern immer deutlicher, daß die Südtiroler Volkspartei nicht die Interessen der großen Massen der Bauern vertritt. Immer mehr Bauern gehen daran, ihre Rechte, ihre Existenzsicherheit zu verteidigen, um ein ausreichendes Einkommen zu fordern. Und wir Kommunisten unterstützen diese gerechtfertigten Forderungen der Bauern, so wie wir die Forderungen der Arbeiter in den Fabriken unterstützen. Wir sind überzeugt, daß es in Zukunft immer weniger möglich sein wird, die kleinen und mittleren Bauern und die Arbeiter politisch gegeneinander auszuspielen, wie es leider in der Vergangenheit für lange Zeit möglich war.

Große Probleme gibt es auf dem Gebiet der sozialen Dienstleistungen, angefangen vom Mangel an zeitgemässen Krankenhäusern. Groß ist der Mangel an Altersheimen, Kindergärten und sanitären und hygienischen Einrichtungen, bis zur Schulmisere in so mancher Gemeinde.

Wenn wir diese Probleme aufgezeigt haben — vielleicht für manchen etwas hart —, so kann man uns Kommunisten nicht vorwerfen, daß wir nur eine Kritik um der Kritik willen betreiben. Sowohl in diesem Haus als auch in anderen öffentlichen Gremien haben wir bewiesen, daß wir uns von einer konstruktiven Oppositionspolitik leiten lassen. Wir sind sicher, daß der in Südtirol eingesetzte Demokratisierungsprozeß anhalten wird, und sich das politische und soziale Bewußtsein der Bevölkerung aller Sprachgruppen für die Erreichung einer besseren und fortschrittlicheren Entwicklung in unserem Land stärken wird, trotz aller Manöver, Kompromisse, die hinter dem Rücken abgegeben wurden. Danke.

JENNY (SFP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte, ehe ich in medias res gehe, eine Randbemerkung machen, die hoffentlich nicht krumm genommen wird. Ich habe mich damals gefragt, warum der Herr Landeshauptmann sein Manuskript so versteckt hält. Als ich es gelesen hatte, ist mir ein Grund eingefallen. In so einem miserablen Deutsch habe ich selten etwas gelesen. Nur irgendwelche Amtsverordnungen nicht deutscher Amtsstellen haben jemals solch verschnörkelte Sätze enthalten, in denen nicht nur sprachlich gröbste Mängel sichtbar sind, sondern auch ausdrucksmäßige Fehler vorkommen. Ich möchte wirklich bitten — Sie verzeihen mir das: eine Provinz, die immer stolz ist auf die Sprache der Minderheit —, wenn Sie in vier Monaten so ein Elaborat zusammenstellen, bitte vermeiden Sie solche Schachtelsätze, in denen nicht einmal mehr klar wird, was gewollt ist. Ein Beispiel: „Hinsichtlich des Verwaltungsapparates muß getrachtet werden, die Ausgaben auf das unbedingt notwendige Mindestmaß zu halten“ — sprachlich unmöglich, das ist nicht Deutsch — „wobei feststeht, daß im alljährlich stattfindenden Finanzausgleich zwischen Staat und autonomer Provinz der Staat nicht die Besserbehandlung des Landespersonals gegenüber dem Staatspersonal für die Bemessung des veränderlichen Anteils an den staatlichen Ausgaben anerkennt.“ — Also, solch schwerfällige, solche schlechthin schwierige Sätze, — ich habe schon befürchtet, Sie gestatten mir den Gag, Sie hätten sich da vom Toni Ebner helfen lassen, denn das ist auch so ein Deutsch, wie die „Dolomiten“ es schreibt. Und noch ein Stilblüte möchte

ich den Herren der Koalition vorlesen: „Auf Grund der im ersten Finanzausgleich 1973 vorweggenommenen Auslegung des Art. 78 des neuen Autonomiestatutes, die in den Durchführungsbestimmungen über die Landesfinanzen gesetzlich verankert werden soll, wird das autonome Land in Zukunft in die Lage versetzt, seinen Aufgaben, zum Unterschied von der Vergangenheit, an Stelle des Staates nachzukommen, mit einem Einsatz von Mitteln, der im Verhältnis zu den vom Staate insgesamt in den Sachgebieten der Landesautonomie eingesetzten Mittel steht, ohne an die vom Staate vorgenommene Verteilung dieser Mittel auf die verschiedenen Sachgebiete gebunden zu sein.“ Also, ich muß schon sagen, man muß ein Superbürokrat sein, um diesen Text zu verstehen. Ich muß unseren Kulturassessor im Namen der Kultur bitten, dem Landesausschuß zukünftig behilflich zu sein. Seien Sie so lieb und machen Sie das. Das soll nicht gehäßig gemeint sein, ich will damit niemanden verurteilen. Jedoch, ein programmatisches Dokument, das mit solchen sprachlichen Sauereien belastet ist, ist wirklich eine Schande für eine autonome Provinz, in der wir seit Jahren um die Gleichberechtigung der deutschen Sprache kämpfen. Und dann gibt man solche Sachen heraus! Ich habe mir erlaubt, das als Eingang zu meinen Überlegungen zu sagen.

Die Kritik, und es handelt sich nicht allein um Kritik, die die Soziale Fortschrittspartei zu diesem Dokument ausdrückt, möchte ich mit den politischen Bemerkungen beginnen. Es wird hier wohl allgemein etwas Politisches ausgesagt, und zwar sehr vage: „geschichtliche Vorvergangenheit Unrecht, belastete Vergangenheit, politisches Bewußtsein, korrekte europäische Auffassung“, — ich lese das nicht vor, die Herren werden es bereits zu Hause ausführlich studiert haben, folglich erspare ich es Ihnen, es nochmals zu hören. Die einzige Frage, die sich erhebt ist, warum nach der Beilegung der wesentlichen Auseinandersetzung, die die Minderheit bereits seit Jahrzehnten, seit dem ersten Weltkrieg, mit dem italienischen Staate gehabt hat — Auseinandersetzung, die wir alle bitter empfunden haben —, warum hier über politische, programmatische Ziele überhaupt nichts gesagt wird. Sie wissen die Stellung der Sozialen Fortschrittspartei. Wir haben das „Paket“ immer kritisiert, und zwar nicht deshalb, weil wir damit nationale Trommlerei betreiben wollten, die uns als Sozialisten weder interessiert noch ansteht; sondern weil wir geglaubt haben, daß es in diesem Mechanismus nur ein Kompromiß zwischen SVP und DC darstellt, und nicht im Interesse der Entwicklung der breiten Schichten der Bevölkerung liegt. Aber bitte, wenn wir das gelten lassen wollen, so fällt es mir auf, daß einem

Koalitionsausschuß, in dem auch italienischsprachige Parteien vertreten sind, nichts Konkretes über die Rolle dieser Provinz gesagt wird. Ist jetzt wirklich ein Meilenstein erreicht? Haben wir doch den Mut, nicht mit so komischen, vagen Vermutungen die Vergangenheit zu beurteilen. Nach meiner Ansicht wäre es einem solchen Ausschuß, einer solchen Koalition zugestanden, etwas konkreter zu werden, etwas präziser zu sein, zuzugeben, daß beide Teile in der Vergangenheit schwere Fehler begangen haben, und solche Fehler auch aufzuzeigen. Man sollte vom deutschen und vom italienischen Faschismus etwas sagen. Wir können doch nicht bei König Laurin anfangen zu diskutieren. Wenn diese Provinz nun — und ich glaube, die Südtiroler Volkspartei hat ja diesen Abschluß in diesem Sinne gemeint — eine geschichtliche Neuorientierung vollzieht, so hätte ich es gewünscht, daß diese geschichtliche Neuorientierung hier zum Ausdruck kommt. Geben wir doch zu, daß es notwendig ist, daß nun die Autonomie von allen hier lebenden Volksgruppen als *ihre* Autonomie begriffen werden muß. Ein wesentlicher Punkt, um den wir uns zumindest was unsere Partei betrifft, immer besonders gekümmert haben. Es hat ja jahrelang so ausgesehen, als ob diese Autonomie nur für die Minderheit da sei. Es ist undenkbar, eine konstruktive politische Zusammenarbeit in Südtirol nicht auch die volle Mitarbeit, in der Autonomie der italienischen und ladinischen Volksgruppe sieht und einbezieht. Warum sagt man das hier nicht? Das wäre ja die Vertrauensbasis, — soweit ich die Erklärungen der Südtiroler Volkspartei und auch der italienischen Koalitionspartei kenne —, auf der ein neues Bewußtsein in der Bevölkerung geschaffen werden soll. Meine Herren der Landesregierung, es geht nicht an, hier nur Koalitionen zu machen. Es geht auch darum — und ich halte das in unserer Provinz für ganz entscheidend —, daß diese Entwicklung von der gesamten Bevölkerung verfolgt und begriffen wird. Es geht darum, daß diese Autonomie im Bewußtsein der Menschen verankert wird. Und da muß ich sagen, ich sehe in diesen programmatischen Zielen, die ich mir politisch etwas inhaltvoller erwartet hätte, sehr wenig davon. Es werden immer die alten Lamenteln aufgelesen. Es wird mehr von Trennung als von Zusammenarbeit, es wird hier von der Assimilierung gesprochen. Ich glaube, so wie die Dinge liegen, sind diese Momente, besonders im Bewußtsein der Jugend weitgehend vorbei. Sie werden nicht mehr als aktuell empfunden. Die deutsche Volksgruppe, die Südtiroler Volksgruppe — ich ziele diesen Ausdruck bei weitem vor — hat genügend Selbstbewußtsein, um sich mit solchen Ängsten nicht mehr zu beschäftigen. Es hätte gar keinen Sinn, solche Ängste, solche Vor-

wände zu politischen Kampagnen zu mißbrauchen, wie es leider — auf beiden Seiten, sagen wir es ganz offen, auf Südtiroler Seite wie auf italienischer Seite — in den Fünfzigerjahren dauernd geschehen ist. Ich hätte es für richtiger gefunden — und dies entspricht auch unserem Empfinden als Sozialisten —, daß man hier die Fehler der Vergangenheit ruhig beim Namen genannt hätte. Das schadet nichts. Man soll ein bisschen genau das hören, was die Menschen auch diskutieren. Die Bevölkerung hat viele Dinge miterlebt — die italienische, die deutsche, die ladinische —, und es hätte gar nichts geschadet, wenn man hier mit bestimmten sachlichen Hinweisen die neue geschichtliche Rolle dieser Autonomie deutlich klargelegt hätte. Wir wissen, was alles dazwischenliegt. Sie wissen es selber, Herr Landeshauptmann Magnago, Sie haben einen langen Weg gemacht. Als Jungtürke haben Sie im Jahre 1957 den Herren Amon usw. die Mächte entrissen. Und dann kam diese sehr schwierige Zeit, die Sie in die Sackgasse geführt hat. 1961 war die Partei in der Sackgasse. Katastrophal! Die DC hat Sie damals gerettet, das war die entscheidende Tat. Und dann waren Sie, als hervorragender Taktiker, absolut fähig, auch den Rückmarsch anzutreten. Ich halte Sie für einen ausgesprochen guten Politiker, weil Sie es rechtzeitig verstanden haben, sich aus der Sackgasse herauszubewegen und einen neuen Weg einzuschlagen. Das ist ein Lob, das ich Ihnen uneingeschränkt ausspreche. Es zeigt, daß Sie jenseits rationaler Überlegungen, instinktiv Entscheidungen treffen können, die Sie als einen sehr guten Politiker ausweisen. Aber, das hier offen zu sagen, es unserer Bevölkerung auch klar zu machen, wäre gar keine Schande gewesen. Es war eine Umkehr: Sie haben erkannt, daß der Weg, den man damals wollte, falsch war. Und Sie haben danach gehandelt. Sie haben es sehr sorgsam gemacht. Sie haben jahrelang auf zwei Ebenen kämpfen müssen, einmal so, einmal so. Sie mußten die Hundertachtziggradwendung mit einem langen Marsch abschirmen, um die Massen hinter sich zu behalten. Das zeugt ja alles für Ihre politische Fähigkeit, für Ihre politische Führungsqualität. Aber, das hier zu sagen und die neuen Aspekte auszudrücken, die in der Zusammenarbeit ihre Konkretisierung finden, das hätte ich mir gewünscht. Nicht, weil ich mir erhoffe, daß man es verhindert, daß immer wieder aus billigen wahltaktischen Überlegungen diese Angst provoziert wird. Sie brauchen nur die „Dolomiten“ zu lesen, wenn ihr nichts anderes einfällt, dann kommt sie mit nationalen Trommlereien: ein Briefträger, der den Brief nicht richtig abgegeben hat und dgl. Das ist bereits wieder die Gelegenheit, um die große Masche loszulassen, mit der man immer noch hofft oder glaubt,

die Südtiroler zu mobilisieren. Und ich möchte in diesem Sinne kritisieren, daß hier von diesen neuen Funktionen des Landes und der Region nichts gesagt wird. Man kann sich nicht begnügen, zu sagen: europäische Auffassung. Was ist die korrekte europäische Auffassung? Ich habe in meinem Leben schon so viele europäische Auffassungen gehört: Hitler hat eine europäische Auffassung gehabt, De Gaulle hatte eine europäische Auffassung. Was ist die europäische Auffassung? Eine kleine Präzisierung, die unseren Menschen verständlich ist! Es wäre wünschenswert, daß diese Regierungserklärung auch dem einfachen Bürger etwas sagen würde. Dann wäre sie wertvoll. Es liegt oft nicht so sehr an der Zahl der Seiten, es liegt am Inhalt. Einige Schwerpunkte in dieser Hinsicht, eine Tatsachenerkennung, daß die Rolle Südtirols eine Vermittlerrolle zwischen Nord und Süd ist, daß diese Südtirol sich irgendwie integriert in diesem Alpenraum; ein Hinweis auf die Region, die trotz unserer ganzen Vorbehalte gegenüber der Region keineswegs gestorben ist, weil sie eine geographische Realität ist, doch darüber werden wir in Trient reden. Also, einige konkrete Hinweise wären besser gewesen als diese zweideutigen Sätze über die Trennung usw., in denen derjenige, der wirklich hier lebt, nichts Positives findet, und, wie ich glaube, auch keine Perspektive für die Zukunft erblicken kann. Das ist, etwas Grundsätzliches. Es hätte nicht geschadet, wenn eine Koalitionsregierung, die also jetzt neue Wege begehen will — und sie hat neue Wege zu begehen, der große Streit ist abgeschlossen, die Minderheit hat ja nach ihren Vorstellungen eine gesicherte Basis —, jetzt geht es darum, diese Dinge einer neuen Zukunft zuzuwenden dies in aller Offenheit gesagt hatte. Das auch dem einfachen, dem kleinen Mann, deutlich zu machen, wäre eine der großen Aufgaben, die wir Politiker, ganz gleich, welcher parteipolitischen Färbung wir sind, in diesem Lande haben. Denn, die geschichtliche Entwicklung war äußerst schmerzhaft. Sie war schmerzhaft für alle. Es wäre notwendig gewesen jetzt endlich einen Punkt zu machen und diese neuen Perspektiven aufzuzeigen. Man begnügt sich jedoch mit bürokratischen Hinweisen. Es geht da um die Rolle auf grund unserer Zuständigkeiten, auf grund der Titel usw., der alte Streit mit der Region. Wir werden darüber in Trient diskutieren. Wir von der Sozialen Fortschrittspartei sind, glaube ich, im Zuge einer objektiven geschichtlichen Betrachtung der Meinung, daß man die Region als solche nicht radikal über Bord werfen kann. Wir sind immer für die echte Selbstverwaltung der Südtiroler eingetreten. Die Region jedoch hat eine viel längere geschichtliche Tradition. Diese geschichtliche Tradition, auch als Südtiroler, zu erhalten, ist

eine Aufgabe! Ich glaube, daß die Landtagsabgeordneten besonders die Geschichte kennen werden, nicht nur die Geschichte Südtirols, sondern die Geschichte der Region. Lange Zeit war die Geschichte Südtirols die Geschichte des Bistums Trient, des Bistums Brixen. Lange bevor die Grafen von Tirol entstanden sind, hat der Bischof von Trient in Bozen die Rechte gehabt, bis hinauf ins Vinschgau. Erinnern wir uns doch dieser Tatsachen. Und es wäre falsch, daß aus dem Schlagwort „Los von Trient“, das ich nie voll übernommen habe und zumindest als geschichtlich nicht richtig empfunden habe, sondern vielleicht nur gegenüber einem Herrn Odorizzi als begründet gesehen habe, noch nachwirkt. Auch in diesem Sinne ist es keine gehässige Kritik von seiten der Sozialen Fortschrittspartei, sondern es entspricht unserer Vorstellung, daß diese Zusammenarbeit mit dem Trentino nicht eine Angelegenheit ist, die ignoriert werden kann, sondern durch geographische langjährige geschichtliche Gegebenheiten untermauert ist. Deshalb steht es uns hier nicht an, in einer permanenten Auseinandersetzung zu leben und kleinliche bürokratische Kämpfe zu führen, in Dingen, die wahrscheinlich ein größeres Konzept und einen größeren Horizont erfordern. Ich bin der Meinung, daß wirtschaftlich und auch z. B. in den Fragen der Hygiene und Sanität usw., wahrscheinlich regionale Entscheidungen notwendig sind. Darüber kann man nun im Einzelnen sprechen, aber ich hätte es lieber gesehen, wenn man darüber auch etwas Positives zur Region gesagt hätte, weil die Region, nicht von uns erfunden und nicht von uns abgesagt werden kann. Die Gegebenheiten sind die, die sie sind; sie sind von anderen geschaffen worden. Es hätte uns sehr interessiert, wenn darüber etwas ausgesagt worden wäre.

Was uneingeschränkt befürwortet werden kann, das sind die Aussagen wie z.B.: „Die Ämter sollen so organisiert werden, daß für ein gutes Funktionieren und die Unparteilichkeit der Verwaltung gewährleistet wird“. Ja, also das sprechen Sie mir aus dem Herzen. Ich höre es immer wieder, wenn ich auf das Land, in die Bezirke hinausgehe, daß unsere Leute das Gefühl haben: In dem Moment, wo sie sich zur Sozialen Fortschrittspartei bekennen, daß man ihnen sofort, unmißverständlich, auf die Füße tritt, ob sie nun ein Darlehen wollen, ob sie um etwas angesucht haben. Immer haben sie das präzise Gefühl, und manchmal ist es ein sehr berechtigtes Gefühl, daß man ihnen beinahe den Lebensfaden abzwicken will. Und da möchte ich schon bitten, im Sinne eines modernen und eines etwas positiveren Demokratieverständnisses, daß man mit solchen Mätzchen aufhört, daß man einfach die Bürger so betrachtet, wie sie sind, ohne daß sie zur Wahlma-

schinerie werden. Überhaupt, das möchte ich sehr ans Herz legen, die Assessorate dürfen keine Wahlmaschinerie werden, sondern man soll effektiv so handeln, daß der Bürger das Gefühl hat, daß er, auch wenn er einer politischen Minderheit angehört, trotzdem Rechte hat.

Ich kann es nicht behaupten, vielleicht habe ich schlecht gehört, als ich vor zwei oder drei Tagen anlässlich der Behauptung, zumindest der vermutlichen Behauptung des Herrn Dr. Gamper gesagt habe, daß die Volkspartei nicht die Volksgruppe vertritt, hat mir Magnago gesagt: das werdet Ihr schon sehen. Zumindest seiner Gestik habe ich das entnommen. Ich möchte hoffen, im Interesse unserer Mitglieder, unserer Freunde, die für den Sozialismus eintreten, daß sie nicht unsachlich behandelt werden, sondern daß gerade das gilt, so hoffe ich es wenigstens, was hier auf Seite 2 gesagt wird, und zwar daß die „Unparteilichkeit der Verwaltung gewährleistet wird“, was bisher leider nicht der Fall war. Das ist ganz kurz zu diesem Punkt zu sagen. Das sind sehr schöne Erklärungen.

Auch diese Erklärung muß man mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen; ich hoffe daß sie eine Neuorientierung darstellt: „Der Landesausschuß wird sich höchst aufgeschlossen zeigen gegenüber konstruktiven Beiträgen der demokratischen politischen Kräfte im Landtag und gegenüber den sozialen Kräften, die in unserer Provinz tätig sind“. Sehr vorsichtig formuliert. Statt „sozialen Kräften“ hätte ich ruhig einmal die „Gewerkschaften“ hineingenommen, immerhin ein sehr wesentlicher Punkt. Ich möchte auch hier nur den Wunsch ausdrücken, daß das in die Wirklichkeit, in die Realität überführt wird. Sehen Sie, das ist etwas, was ich überhaupt empfinde und das ich ganz offen sagen kann. Ich kenne auch, weil ich Teil meines Lebens in anderen Landstrichen verbracht habe, die Verhältnisse, die es z. B. in Tirol und Vorarlberg zwischen Minderheit und Mehrheit gibt. Und ich möchte hier bitten — das ist etwas, was sehr wichtig ist und ich möchte da besonders Wert darauf legen — daß man mir zuhört: Vielleicht durch eine Vergangenheit, in der sich die Südtiroler immer ein bisschen auf den Schlipps getreten gefühlt haben und auch getreten worden sind, ist bei uns politische Meinung manchmal mit Gehässigkeit verbunden. Das wissen wir alle. Und ich möchte, bitten, — besonders die Mehrheit hätte hier die Aufgabe, wir kommen noch beim Thema Presse auf diese Entwicklung sehr ausführlich zu sprechen — daß die Mehrheitspartei, im Sinne einer Erwachsenenbildung, die sie leisten kann, hier etwas entspannender wirkt. Auch unsererseits, sollten wir in dieser Hinsicht Fehler gemacht haben, sollten wir aggressiv gewesen

sein, würden wir uns bessern. Ich möchte bitten, daß die Mehrheitspartei effektiv jenes Maß an demokratischem Selbstverständnis aufbringt und nicht immer zu einem intoleranten Kampf gegen die Minderheiten aufruft, wie dies bisher immer geschehen ist. Ich sage es ausdrücklich: Ich hoffe, daß wenn dieser europäische Geist hineinkommt, daß er da zum Ausdruck kommt. Ich möchte auch bitten, das ist eine ausdrückliche Bitte auch an die anderen Partner der Koalition, da mitzutun. Es ist eine Entspannungsaufgabe, die wir alle haben, die aber besonders die Mehrheit durchführen muß.

Der nächste Punkt, wo man eigentlich von den allgemeinen Erklärungen zu präzisen wirtschaftlichen Grundlagen kommt, ist der Passus über die weltweite Energiekrise, mit der „sozialen Marktwirtschaft“. Über den Ausdruck können wir uns streiten, er ist nicht von der Regierung erfunden worden. Man hat bis heute noch keine präzise Definition dafür, was diese soziale Marktwirtschaft ist. Und auch hier sehr, sehr vage Formulierungen. Was soll das bedeuten: „... den für die soziale Marktwirtschaft noch tragbaren Weg zu finden...“. Vier Monate hat man die Dinge eigentlich laufen lassen, vier Monate, in denen die Preissteigerung erheblich zugenommen hat, in denen große Lohnkämpfe der Gewerkschaften stattgefunden haben, in denen das ganze Energieproblem auf den Minderbemittelten gelastet hat, auf jenen Personen, die sich ihre Kerosen-Kanister teuer erkaufen mußten. Jetzt finde ich diese Aussage etwas zu wenig, um diese Situation auszudrücken. Der sehr schöne Wille zur „eisernen Zurückhaltung“, na ja, in dem Moment, wo man die Assessorate so großzügig erhöht, möchte ich von der eisernen Zurückhaltung, zumindest auf der Regierungsbank, nicht viel Gebrauch machen. Da ist von der eisernen Zurückhaltung noch nichts sichtbar. Schön: „eine einheitliche, elastische Organisation, ohne Schaffung von hermetisch abgeschlossenen Abteilungen“. Dieses Dokument erreicht manchmal bürokratisch-lyrische Aspekte, die vielleicht wieder erwähnt werden. „Bedachtnahme auf das Leistungsprinzip in der Personalordnung“, sehr schön. Da muß ich wieder an diejenigen Herren oder Funktionäre denken, die in diesem Landtag sassen, die hier, während die anderen Beamten tätig waren, ihre Karriere gemacht haben, bis sie an die höchste Spitze der Beamtschaft gekommen sind, und dann in ihre Stelle, in ihre Beamtenlaufbahn zurückgegangen sind. Ob diese Praxis — ich weiß nicht, wie viele von diesen Herren hier noch übrig sind, ich glaube, es war eine ganze Reihe, die diese Leiter, ich will dieser Leiter keine Bezeichnung geben, gewählt haben — noch ausgeübt wird.

(Unterbrechung — interruzione)

Ja, ja, die kommunizierenden Gefäße! Wir wollen nicht von Flaschen reden, nein, nein, das tun wir nicht, das würde vielleicht sogar falsch interpretiert werden. Ich würde glauben, daß hier gerade gegen das Leistungsprinzip verstoßen worden ist. Ich möchte bitten, daß wenn man solche Passuse sagt, man selber nicht im Glashaus sitzen solle. Solche Mißstände müßte man beseitigen. In Trient hat man dies getan, in Bozen noch nicht. Wenn man solche Vorstellungen über die Personalordnung hat, dann soll man sie auch in der Praxis durchführen.

„Reorganisation der Landesverwaltung“ usw., ich glaube, ich brauche nichts Besonderes dazu noch sagen. Wir würden es ohne weiteres befürworten. Ich möchte dazu etwas sagen, was wir in unserem alten Parteiprogramm, im Aktionsprogramm vom Jahre 1967 gesagt haben: Man soll doch verhindern, daß die Assessorate wirklich zur Wahlmaschinerie werden. Ich weiß es selber, und die Assessoren werden zugeben, daß sie sechs Monate vor Wahlen ihre Zeit hauptsächlich auf dem Gang und in den Vorzimmern verbringen, um dort alle Leute begrüßen zu können, die mit einem Anliegen zu ihnen kommen. Lassen Sie doch, bitte, die Beamten einmal arbeiten. Es ist doch eine altbekannte Tatsache. Hören Sie doch einmal auf mit dieser Praxis, die an und für sich nur dazu dient, ein sogenanntes Gesichtsbild zu nehmen, bei jedem, der das Haus betritt. Ganz zu schweigen von den plötzlichen Geschenken: Leute, die jahrelang auf eine Straße warten, zu diesen kommt auf einmal der Assessor und redet über diese Straße; immerhin vor den Wahlen, da kriegen sie wieder zwei Kilometer gebaut. Typisch für solche Fälle ist Prettau, seit der ehemalige Bürgermeister in Rom ist, ist überhaupt Ebbe. All das ist eine typische Verfilzung von Parteimacht und Verwaltung. Und wenn der Landesauschuß diese Verfilzung lösen wollte, — ob er es kann? Sie wissen, Herr Landeshauptmann, es gibt Dinge, die auch Ihnen nicht gelingen, aber, bitte sehr!

„Schaffung von örtlichen und einer Landeskommission“ und „Kontrolle über die Bevorzugung der Ansässigen“ und „Funktion der Berufsberatung“. Frage: Ob das notwendig ist, ob das sinnvoll ist, ob die Arbeitsvermittlungämter nicht durchaus in der Lage sind, solche Dinge zu vollziehen? Ich möchte in diesem Zusammenhang etwas sagen, meine Herren der Koalition. Hier in diesem Papier gibt es eine Menge von „Kommissionen“. Ich weiß nicht, wer einmal gesagt hat: Wenn man ein Problem nicht lösen will, so bildet man eine Kommission. Es ist ganz klar, moralisch ist man entlastet, und die Kommission wird dann machen, was sie kann, bzw. meistens erreicht sie nicht viel, wenn kein politischer

Wille dahinter ist. Damit wird das Problem eigentlich ad acta gelegt. Warum eigentlich das ständige Sich-berufen auf Kommissionen? Das stimmt mich etwas nachdenklich. Überhaupt, dieses Papier — ich darf es bei dieser Gelegenheit sagen — ist von einem Mann gemacht worden, der schlecht, aber immerhin nur mit dem Konditional operiert, von anderen grammatikalischen Formen ist in diesem Papier sehr wenig zu lesen: „Man sollte, man würde, man könnte“. Es ist also ein Papier der Wenn und Aber, das an und für sich sehr, sehr fraglich ist. Es wird nie gesagt, was man will, sondern „man mußte, man hätte können, man würde usw.“ Man könnte hier weiter zitieren, es ist ständig dasselbe.

Über das Landesgesetz über Rundfunk und Fernsehen werden wir bei der Tätigkeit der Information als Dessert darüber sprechen. Ich möchte nur eines ganz kurz sagen. Dieses Landes-Rundfunk- und Fernsehgesetz, na ja, gut, jetzt kriegen wir wenigstens das deutsche Fernsehen. Über die hiesigen Verhältnisse bei der RAI brauchen wir uns nicht mehr viel zu unterhalten: die gesamte RAI ist eine Ablagerung, eine Metastase sagt man medizinisch, doch wie kann man das anders ausdrücken: eine Emanation der DC, eigentlich des Herrn Fanfani und das spiegelt sich heute auch bei uns wieder. Bei uns hat, wie ich glaube, die SVP so einer Art „subaffitto“ mitbekommen, — Untermieter, Aftermieter, wie man auf Deutsch so schön sagt. Und als Aftermieter werkeln sie halt ein bißl mit. Man kann nur eines sagen: Information wird wenig geboten. Diese bescheidene Informationstätigkeit nehmen wir hin, es sind übersetzte RAI-Berichte, — bei der RAI schläft man ein, bei den hiesigen schläft man doppelt ein, es ist das idealste Schlafmittel, das man sich wünschen kann. Was die anderen Programme anbelangt, handelt es sich um Programme, die sehr selten auf die Südtiroler Realität Bedacht nehmen. Und wenn sie Bedacht nehmen, dann ist es eine Karikatur des Tirolertums. Geschichten werden erzählt, die vor fünfzig Jahren vielleicht noch im Reimichl-Kalender interessant gewesen wären, heutzutage ehrlich gesagt nicht mehr zum Lachen reizen. Doch darüber werden wir noch bei der Information sprechen.

„Schwere der Wirtschaftskrise, Notstandprogramme, sozialer Wohnbau, Transportwesen, Steigerung der Fleischerzeugung, sanitäre Betreuung“. Da kommen wir endlich zu jenen Punkten, zu jenen qualifizierten Punkten, die wenigstens nach Meinung der Sozialen Fortschrittspartei effektiv etwas auf das Sachliche eingehen. Da kommen wir zu jenem Punkt, der das Landesentwicklungsprogramm darstellt. Ich habe leider nicht mehr Zeit gehabt, die Protokolle der Landtagssitzung, ich glaube vom 3. Februar 1968, herauszuholen, in der man über das

wirtschaftliche Entwicklungsprogramm für die Fünf-Jahres-Periode diskutiert und beschlossen hat. Ich habe aber das Dokument herausgeholt. Manchmal, wenn man die Sachen distanziert sieht, muß man darüber lächeln. Damals, dieselbe Diskussion, dasselbe Thema, im Jahre 1968, über den Landesraumordnungsplan. Was hat man in dieser Provinz nicht alles über den Landesraumordnungsplan gesprochen! Ich gebe zu, daß Herr Dr. Benedikter sich wirklich bemüht hat, Schweizer hat er hergeholt und alles, was Rang und Namen hat. Und ich glaube, er hat auch was investiert, was ich ihm gar nicht vorwerfe. Aber warum kommt denn nichts heraus? Sie wissen es selber, es kommt nichts heraus, wegen einer präzisen politischen Situation. Eine sogenannte Sammelpartei wie die SVP kann keinen Landesraumordnungsplan verabschieden. Sie kann nur die Einmütigkeit fördern, indem sie möglichst generell ist, indem sie eben „müßte, könnte, hätte“ sagt. In dem Moment nämlich, wo sie solche Entscheidungen trifft, ob sie den Pässeierern sagt, was mit ihrem Tal passiert, ob sie den Ahrntalern klar sagt, was sie zu tun gedenkt, im Ahrntal, trifft sie auch eminent politische Entscheidungen. Und weil sie diese Entscheidung, begreiflicherweise scheut, weil damit verliert sie Wähler, und wenn sie Wähler verliert, verliert sie Macht, und wenn sie Macht verliert, sind Sie vielleicht nicht mehr auf dieser Regierungsbank. Und dieses von parteipolitischer Sicht her sehr logische Modell, diese Logik der Macht — dasselbe bei der DC, die immer auf zwei Steigbügeln, einmal rechts, einmal links, einmal in der Mitte reitet und immer, bei jeder Gelegenheit die entsprechende Fahne nach dem Winde blasen lassen kann — hindert sie, diesen Landesraumordnungsplan zu erstellen. Deshalb ist es eigentlich humorvoll, wenn Sie sagen: „Die im vom Landtag am 3. Februar 1968 genehmigten wirtschaftlichen Entwicklungsprogramm enthaltenen grundsätzlichen Ausführungen bleiben als Programmrichtlinien aufrecht und werden daher nicht wiederholt.“ Na, die sind wahrscheinlich schon seit zwanzig Jahren aufrecht. Sicherlich hat Assessor Benedikter manchmal versucht, sie in Paragraphen zu gießen oder irgendetwas daraus zu machen. Aber ich bin mir ganz im klaren, daß die politische Situation der SVP es mehr als je verhindert, daß man hier so einen Landesraumordnungsplan entwirft. Alles andere ist, wenn man keinen Landesraumordnungsplan hat, Quatsch; alles andere ist Stückwerk, es werden lediglich Teilsituationen erfaßt. Ich glaube, alle die auf der Regierungsbank sitzen, werden mir im Stillen dabei recht geben. Es ist ganz klar, daß eine Verwaltung, die hinsichtlich der Entwicklung einer Provinz keine Richtlinien hat — wobei diese Provinz, sagen wir es ganz offen, ein

sehr kleiner Teil ist, d.h. es müssen immer noch Verbindungen geschaffen werden oder Absprachen mit umliegenden Gebieten getroffen werden —, daß ohne ein klares Konzept jede wirtschaftliche und politische Entwicklung kaum möglich ist. Davon kommt jene kleinliche Kirchturmpolitik, wo die Assessorate so als kleine, unabhängige Fürstentümer regieren und gewisse Gnaden austeilen, weil sie nicht gebunden sind an ein bestimmtes Programm, weil sie nicht gebunden sind an ein politisches und wirtschaftliches Leitmodell. Und deshalb, glaube ich, ist alles, was danach über Wirtschaftsprobleme kommt mit der Wenn-Form belastet: weil es eben ohne dieses präzise Modell ein klägliches Stückwerk bleibt. Dieses wirtschaftliche Entwicklungsprogramm vom Jahr 1968 — die Herren wissen übrigens, daß es gar nicht durchgeführt worden ist, daß wir hinsichtlich Arbeitsstellen noch weiter darunter sind — zeigt daß die Abwanderung uns sehr stark betrifft. Wir wissen, daß z. B. sowohl die italienische wie die deutsche Volksgruppe darunter leidet, das möchte ich den sogenannten Volkstumskämpfen noch sagen, die eine zeitlang gedacht haben, daß wenn dieser wirtschaftliche Rückschlag kommt, dann trifft er eher die Italiener, er geht uns nichts an. Diesen kurzsichtigen Leuten möchte ich empfehlen, zu lesen, was die Bevölkerungsbewegung in Südtirol und die Wirtschaftsentwicklung in Südtirol sagt, dann werden sie sehen, was mit einer solchen, in der Bevölkerung sehr verbreiteten Propaganda angerichtet worden ist. Sagen wir dies ganz offen. Wenn wir heute unsere Dörfer anschauen, dann entwickeln wir uns manchmal auf Zustände hin, wie wir sie nur vom Süden Italiens kennen. Wenn Sie ins obere Vinschgau gehen, dann schauen Sie sich einmal die Quoten der Pendler und der Abwanderer an. Glurns: 50 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung muß in der Schweiz arbeiten. Sie können im Engadin nachfragen, wo jedes zweite Zimmermädchen eine Südtirolerin ist. Alle diese Probleme können Sie sehen: Notstandsprobleme, Notstandssituation einer Bevölkerung. Das wäre nicht passiert, wenn man klar entschieden hätte, anstatt politische Rücksichten zu nehmen. Man hat immer gesagt: Zuerst muß die Autonomie kommen. Und in der Zwischenzeit hat man das Haus verrotten lassen.

Autonomie, das ist ganz schön, doch die wirtschaftliche Kraft muß da sein. Es gibt keine Autonomie, ohne relative wirtschaftliche Unabhängigkeit, — relativ, denn wir wissen, wie schwierig dies in der heutigen Zeit ist. Aber, ohne die Stärkung der Wirtschaft der Volksgruppe, gibt es keine politische Autonomie. Das ist ganz klar. Sie wissen, daß Wirtschaftswachstum, Bildungswachstum usw. ein untrennbares Ganzes sind. Auch hier hätte man sich

rechtzeitig auf Modelle einrichten sollen, die nicht gesagt werden. Also, dieser Landesraumordnungsplan ist immer noch diese Fata Morgana. Wir haben jetzt dieses berühmte Buch „Südtirol 1981“, — ich bin neugierig, wann es zur Diskussion kommt, abgesehen davon, daß in diesem Buch keine großen Entscheidungen getroffen werden, an und für sich ist es mehr eine Bestandaufnahme, eine Diagnose. Wer aber nun in diesem Dokument wirtschaftlich, konkretes sucht — ich betrachte mich als ein Bürger, der diese Sachen liest — der findet hier, schöne Phrasen: „Angesichts des klaren, politischen Rahmens, in welchem unsere Probleme gestellt werden, ist es notwendig, innerhalb der nächsten fünf Jahre eine klare Ausrichtung herzustellen.“ Wo ist der klare politische Rahmen? Fragezeichen. Da ist er nicht enthalten. Vielleicht wird er im Zuge der Diskussion erstellt, vielleicht scheint er in irgendeiner zusätzlichen Erklärung auf, vielleicht ist vergessen worden, diese zu verlesen. Wir haben zusätzliche Erklärungen ja gerne, vielleicht fehlen sie. Also, vom politischen Rahmen ist nichts da.

Und jetzt kommen die wirtschaftlichen Dinge. Da fällt mir etwas auf: „Genügend Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen in bezug auf die drei großen Wirtschaftszweige Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen, mit gebührender Bedachtnahme auf die Part-time-Beschäftigung...“ — Also, sprachlich ganz talentierte Burschen haben die Part-time-Beschäftigung erfunden, toll! wenn sie besser Deutsch gekannt hätten, wäre mir es fast lieber gewesen — Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen, auf dieselbe Ebene gestellt. Wir wissen in Südtirol die Realität der wirtschaftlichen Situation. Ich kenne die Probleme der Landwirtschaft, — ich war leider nicht anwesend, als Herr Stecher darüber gesprochen hat. Doch wir wissen, in welcher Situation sich die Landwirtschaft befindet. Wir kennen das enormwichtige Problem der Bergbauern, und überhaupt das Problem der Kleinbauern. Wir wissen jedoch, daß wir in der Industrie einen riesigen Nachholbedarf haben. Das ist gar kein Zweifel. Unsere Abwanderung beruht darauf, daß wir keine leistungsfähige Industrie haben. Wollen das die Herren an der Regierungsbank bitte endlich zur Kenntnis nehmen? Sie können sich ja umschauen, sie können sich in den Schweizer Kantonen umschauen, sie können sich im Land Nordtirol oder Vorarlberg umschauen. Was gibt diesen Ländern eine gewisse wirtschaftliche Kraft? Das ist die Industrie, das Einkommen der Industrie, die es möglich macht, daß Schweizer Kantone — oder nehmen wir das Land Vorarlberg, das ich ziemlich gut kenne —, die Berghöfe noch zu halten versuchen, weil das Einkommen der Industrie dem Lande so viele Mittel gibt, um die

Landwirtschaft wirksam zu stützen. Nicht mit lächerlichen Geschenken, die nichts nützen, die keine Situation lösen. Das Einkommen einer industriellen Tätigkeit läßt diese Möglichkeit zu. Ich muß immer wieder kritisieren, es ist nicht das erste Mal, daß ich es hier in diesem Rahmen tue, daß man immer wieder ausweicht. Warum? Weil man von der Industrie Angst hat. Die SVP fürchtet — ich glaube sicherlich nicht, daß die italienischen Parteien das nicht zu fürchten brauchen —, daß hier die industrielle Entwicklung das Gesellschaftsmodell auflockert, auf dem die Herrschaft die SVP beruht. Das stimmt. Die Diagnose ist richtig. Deswegen also diese verdeckte Angst vor der Industrie. Und ich beneide ihn nicht, wenn ein italienischer Assessor Industrieassessor werden würde. Er wird mir dann vorkommen, so wie ich, als ich klein war: Da bin ich manchmal im Zug gefahren und habe tschuff, tschuff, tschuff gemacht und habe mir eingebildet, ich sei der Maschinist des Zuges. Ich fürchte, ihm wird es auch so gehen, er wird tschuff, tschuff, tschuff machen, und die anderen werden mit dem Zug fahren. Na, wir werden ja sehen. Doch die Frage ist ja die, endlich einmal eine präzise Indikation zu geben, endlich einmal industrielle Initiativen zu ergreifen. Aber jetzt kommt gleich der Pferdefuß. Jetzt kommt das Wort „dezentralisiert“. Alles, was geschieht, muß dezentralisiert sein. Und da muß ich sagen, ich fürchte, Herr Dr. Benedikter, das ist eine Ihrer Vorstellungen: Jedem Dorf seine Industrie. Das ist so ungefähr das Modell, das die Volkspartei, fälschlich, ohne Erfolg, ja mit negativem Erfolg, zehn Jahre lang angewendet hat. Den Sprung nach vorne habe ich nicht erblickt. Was ist in diesen Jahren entstanden? Wissen Sie, was das typische für unsere Dörfer ist: die Hosenfabriken. Ja, die haben Sie hereingebracht. Sagen wir es ganz offen: Germanische Glücksritter, die es erfaßt haben, daß man mit der Bevölkerung etwas großzügig umgehen kann, daß die Bevölkerung dankbar ist, wenn sie überhaupt ein Bargeld sieht, und daß man über Gewerkschaftsfragen mit diesen Menschen nicht gerade lange diskutieren muß, — also, so ein bisschen die Türen, eine Alternative, nicht? Das ist die Entwicklung, die Sie gefördert haben. Schauen Sie, im Lande diese Hosenfabriken: im Vinschgau, im Sarntal, im Eisacktal. Das ist die industrielle Entwicklung, die eine solche dezentralisierte Vorstellung hervorgebracht hat. Fabriken, die dann wieder zumachen und verschwinden, in denen die sanitären Situationen so sind, wie sie sind. Ich glaube, der Herr Erschbaumer wird darüber noch etwas Präziseres sagen können, wenn es auch nicht ganz in seinen direkten Bereich hineinfällt. Doch das ist das Modell. Oder so solche Betriebe wie die MAFAG, so glaube ich hat sie

geheißen, in Eyr. Ich kann mich noch erinnern, wie ich damals mit Herrn Fioreschy darüber diskutiert habe: Leute, die hereingekommen waren, die die Entwicklungsgelder des Landes großzügig kassiert haben, — und jetzt, glaube ich, hängen nur mehr Prozesse dran und sonst ist nichts übriggeblieben. Warum halten Sie an dieser dezentralisierten Entwicklung fest? Sie wissen, daß wenn man die Industrie will, wir als Sozialisten sind nicht die Bannerträger des Kapitalismus, muß man wirtschaftliche Realitäten akzeptieren. Glauben Sie, daß z. B. bei dem jetzigen Zustand der Vinschgauer Straße oder bei der Verbindung ins Vinschgau hinauf sich dort industrielle Betriebe wirklich entwickeln können? Nein! Weil der Industrielle, mit Recht, seine Pläne, seine Investitionen einer bestimmten Logik unterordnet. Ich weiß, welche die Angst ist, Angst, die immer gepflegt worden ist, besonders draußen am Land: die Angst einer industriellen Achse Bozen-Trient, weil da nur Walsche heraufkommen. So ist es immer gesagt worden. Seit sieben Jahren gehe ich wie ein Wanderprediger im Lande herum, mit dieser Vorstellung der Industrie, und immer wieder wird gesagt: Die Industrie ist unser Feind, es kommen nur Italiener. Obwohl alles dagegen spricht, — natürlich nicht die „Dolomiten“, die ist ein Verein, der wirtschaftliches Interesse hat, solche falsche Behauptungen aufzustellen. Jedoch, es ist schon längst erwiesen, besonders wenn wir ihre Sprache übernehmen wollen: „Die gefährdeten Gebiete des Unterlandes“, ja, sie sind gefährdet, weil sie keine Industrie haben, sie sind gefährdet, weil dort die Leute abwandern müssen. Erst vor kurzem ist ein aufsehenerregender Artikel über Neumarkt erschienen. Die gesellschaftlichen Realitäten verhindern es, daß dort effektiv Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Und das sollten Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen. Übrigens, wenn man das Dokument „Südtirol 1981“ ein bißchen aufmerksam liest, so werden darin gerade solche Situationen festgehalten. Und wir von der Sozialen Fortschrittspartei können die Regierungskoalition nur bitten, endlich zur Kenntnis zu nehmen, daß die Forderungen der Industrie nicht mit solch verfehlten Modellen von der dezentralisierten Entwicklung gelöst werden können.

Hier in diesem Rahmen noch etwas, was mir besonders am Herzen liegt. Hier steht: „In diesem Rahmen bleibt der Landeshauptstadt Bozen die Rolle der provinziellen Tätigkeiten, und zwar mit vorwiegender Ausrichtung auf Dienstleistungen.“ Jetzt sagt mir einmal, also schlägt es bei mir Dreizehn! Sind die Fabriken, die in Bozen sind, nicht existent? Sind wir nur eine Beamtenstadt? Ist Bozen nicht auch eine Stadt, in der bestimmte indu-

strielle Entwicklungen stattfinden? Warum wird das negiert? Meine Herren, gehen Sie einmal hinunter zur Lancia, ich habe Sie vor einer Woche leider nicht gesehen, niemanden, außer dem Herrn Pasquali, und einem Vertreter des PSI. Warum gehen Sie nicht hinunter. Wissen Sie, meine Herren, daß dort über 250 Sarner arbeiten? Haben Sie das noch nicht gehört?

(Unterbrechungen — interruzioni)

Wann, wo? Was haben Sie da gemacht, das wäre wichtig zu wissen! Daß Sie dort unten spazieren gehen, das kann ruhig der Fall sein. Aber, Herr Spögler, darüber kann ich nur lächeln. Gehen Sie rechtzeitig hinunter, und gehen Sie hinunter, wenn die Arbeiter Sie rufen, gehen Sie nicht am Abend um 24 Uhr spazieren. Gehen Sie hinunter, wenn die Arbeiter Sie brauchen! Wenn die Arbeiter Sie als Industrieassessor rufen! Wenn eine Auseinandersetzung in der Arbeiterschaft, wenn eine Diskussion da ist! Und nicht behaupten: „Bozen vorwiegend auf die Dienstleistungen ausrichten.“ Was wollt Ihr denn? Wollt Ihr diese Fabriken dort unten demontieren? Ich bin nicht der Verteidiger der Industriezone Bozen, im Gegenteil. Sie ist gegen den Willen der Südtiroler errichtet worden, sie ist sicherlich kein Ruhmesblatt. Heutzutage aber müssen wir froh sein, daß soundso viele Bewohner, Italiener und Deutsche, dort ihr Brot finden. Und für diese Menschen, glaube ich, müssen wir uns einsetzen. Wir können Auflagen fordern, wir können wünschen, daß die Umwelt reiner erhalten bleibt. Aber das, was hier behauptet wird, ist ja falsch, das ist ja absolut verdreht.

Ich möchte noch etwas sagen. Bozen wird von der Landesregierung systematisch benachteiligt. Auch hier wieder der Gedanken, ich darf es ganz offen aussprechen: „Bozen ist eine walsche Stadt“, mit der haben wir nichts zu tun. Der Bebauungsplan von Bozen: Es war erst vor kurzem eine Diskussion im Gemeindesaal, wo die Landespolitiker der SVP durch Abwesenheit gegläntzt haben. Die Schwierigkeiten, die Bozen hat, ergeben sich daraus, daß man für Bozen keine Modellfunktion findet, weil hier eine italienische Mehrheit ist. Das ist die Wahrheit. Und deshalb weigert man sich irgendwie, in Bozen etwas zu fördern. Ich glaube, sogar der Herr Pasquali, der lange Zeit Bürgermeister von Bozen war, könnte, wenn er nicht in der Koalition wäre, mir darüber etwas sagen. Ich glaube — nicht gehässig, nicht polemisch —, daß man Bozen systematisch einzuzwängen versucht. Das ist bereits mit dem Bebauungsplan geschehen, mit dem Erfolg, daß die Leute, die Geld haben, sowieso in die Nachbargemeinden gehen; daß Kaltern, Eppan gerade von den reichen Bauwilligen überflutet werden, — ganz wurscht, ob es Italiener oder Deutsche sind, wenn

sie dem Bauern Geld geben, dann fragt dieser meistens nicht danach, leider. Das ist die Realität. Und die Stadt Bozen leidet unter dem Mangel, daß man ihr keine Funktion zubilligt. Ich möchte diese Landesregierung bitten, und die Vertreter der DC, des PSI darauf hinweisen, daß man Bozen nicht abschreiben kann, und daß man es nicht auf Dienstleistungen reduzieren soll. Machen wir vielleicht eine Fremdenverkehrsstadt daraus? Ja, bitte, bis zu einem bestimmten Grad ist dies vielleicht möglich. Doch wir müssen überlegen, nach welchem organischen Modell dieses Bozen gewachsen ist: Bozen ist eine Handelsstadt und, zum Teil, Gott sei Dank, auch eine Industriestadt. Und gibt doch dieser Stadt, auch wenn sie eine italienische Mehrheit hat, irgendeine Funktion. Es gibt so viele wichtige Sachen, die nicht gelöst werden, weil eben das Land — und das sagen alle Kommunalpolitiker, das sagt mein Freund Lunger, der im Gemeinderat sitzt, und auch die Vertreter anderer Parteien — alles tut, um die Stadt Bozen in eine Zwangsjacke zu stecken und ihre Funktion zu leugnen. Denn für viele Herren ist Bozen nur von ein paar Bürgerfamilien repräsentiert. Bitte, nehmt zur Kenntnis, daß es auch Sarner Lancia-Arbeiter gibt, die auch Bürger von Bozen sind! Es sind Sarner, aber viele müssen sich hier ansiedeln, obwohl die Provinz dafür nichts tut, obwohl keine ... Herr Assessor Spögler, Sie haben am wenigsten Grund zu lachen! Die Untätigkeit, die Sie durch Jahre hindurch ausgeübt haben ist phänomenal. Also, das Lachen ist nur eine Unkenntnis Ihrer Situation. Na ja, wir werden darüber noch bei anderer Gelegenheit sprechen. Dozieren tue ich gar nicht, ich kann mich nur ärgern, wenn diejenigen, die an der Misere schuld sind, immer noch lächeln können. Wenn sie wenigstens ein ernstes Gesicht machen würden, würde ich mich damit abfinden.

Ich darf noch einige ganz kurze Punkte hinsichtlich der Einzelheiten, die hier aufgezeigt werden, sagen. Nun, die Frage hinsichtlich der Doppelsprachigkeit, bitte sehr, bedarf sicherlich einiger kritischen Bemerkungen. Es heißt: „Es sollen mit deutschen Universitäten oder anderen Einrichtungen des deutschen Sprachraumes Vereinbarungen für die Vertiefung der Kenntnis der deutschen Sprache und Kultur abgeschlossen werden.“ Frage: warum hier nicht auch italienische Universitäten aufscheinen? Es ist ein gemischtsprachiges Gebiet — abgesehen davon, daß es in der Praxis bereits geschieht, ich werde später noch ein paar Worte darüber sagen —, warum also hier nicht ganz offen, entsprechend der Praxis dieses gemischtsprachigen Gebietes, in dem verschiedene Gruppen zusammenleben, auch eine Vertiefung der italienischen Sprache. Das wäre durchaus kein falscher Zungenschlag gewesen.

Forst- und Landwirtschaft, das sind die großen Probleme. Ich habe gehört, daß darüber schon gesprochen worden ist. Es wird immer sehr schön von der Notwendigkeit der Errichtung der Infrastrukturen, „Urlaub auf dem Bauernhof“, geredet, Schlagworte, wie Sie wissen. Kein „Urlaub auf dem Bauernhof“ hat dem Bauern wirklich geholfen. Der „Urlaub auf dem Bauernhof“ hilft den Bauern in Lana, in Algund, die an und für sich in einer wirtschaftlichen Situation sind, so daß sie die nötigen Investitionen vornehmen können. Im Gegenteil, im Ultental und so weiter fressen die Fremden ihnen noch den letzten Butterrest weg, den die Leute oben haben, zu miserablen Preisen. Das ist also gar keine Lösung. Ich kenne selber solche Situationen. Hier ist es ganz falsch, noch etwas davon zu erhoffen. Das sind Schlagworte. Ich hätte mir erwartet — darf ich es ganz offen sagen —, daß man für unsere Bergbauern und für unsere Kleinbauern nicht „könnte, sollte und müßte“ sagt, sondern irgendeine Idee vorbringt. Daß es unseren Bauern nicht gut geht, wissen Sie alle. Ich sage immer: Warum soll der Bauer nicht jene sozialen und gesellschaftlichen Bequemlichkeiten und Rechte haben, die wir haben? Welcher Bauer kennt den Urlaub? Ich glaube, eine Minderheit. Welcher Bauer hat ein Bad, eine Dusche, in seinem Haus? Eine Minderheit. Nur die Großen, die an und für sich bereits verschiedene Subventionen erhalten, die können solche Dinge dann noch verbessern. Die Masse gar nicht. Wie ist die Gesundheit dieser Bauern? Nicht besonders gut. Der Herr X in den „Dolomiten“ lobt die Romantik des Bauerntums. Da muß ich immer lachen, wenn die Leute in der Stadt, mit fünf Zimmern, Zentralheizung, und dem Heizkissen unterm Hintern von der „Romantik“ der Bauernhöfe sprechen. Sie sollen einmal hinaufgehen, um sechs Uhr früh aufstehen und kein warmes Wasser vorfinden, und auf ein offenes Scheißhäusl gehen müssen, dann wird ihnen die Romantik bald vergehen! Das ist die Wahrheit. Das sind die Dinge, die hier gelöst werden müssen. Die Leute wollen eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation. Was hilft diese lächerliche Propaganda, die in den „Dolomiten“ gemacht wird: ja, der Bauer usw.! Abgesehen davon, daß die Jungen sowieso davonlaufen, wenn sie diese Realitäten erst vorfinden. Und abgesehen davon, daß es das größte Problem ist, junge Bäuerinnen für diese Höfe zu finden. Das Leben einer Bäuerin auf einem Bergbauernhof ist ein hartes Leben, sagen wir das ganz offen.

(Unterbrechung - interruzione)

Das wird schon kommen. Die sind nicht so dumm, sie sind ganz normale Bürger. Sie sind nur vergessen von den anderen, und man redet ih-

nen viel vor. Doch das sind Leute, die sehr gut entscheiden können. Und wenn man mit diesen Leuten redet, und wenn man sie fragt, haben Sie ihre politischen Entscheidungen schon getroffen, indem Sie nach Schaffhausen, nach Zürich oder sonst wohin gegangen sind, um zu arbeiten?

Durchführung eines Programmes über die Viehzucht, alles wunderschöne Sachen, Herr Spögler, — das war ja sein Gebiet!

Industrie: Schulung usw. Und da kommt jetzt das tshuff-tshuff-tshuff-Problem. Jetzt also ernstlich. Was ist hinsichtlich der Industrie geschehen? Ich will es nicht wiederholen. Die Katastrophen sind bekannt. Wir haben ein wunderschönes Olympiastadion südlich von Brixen, — wir könnten dort die Olympiade abhalten, wenn wir noch einige Milliarden hineinspendieren. Das Problem der Reifenfabrik. Wieviele Arbeitsplätze sind in Südtirol geschaffen worden? Entschieden weniger als im Wirtschaftsentwicklungsprogramm vom Jahre 1968 vorgesehen. Die Realität ist eine bittere. Ich war vier Jahre lang im Gemeinderat von Meran, von dem man immer wieder sagt: Ja, das Burggrafenamt, es lebt vom Fremdenverkehr. Wir wissen, daß es in dieser Hinsicht notleidend ist. Wir wissen, daß der Fremdenverkehr nicht genügend Leute beschäftigen kann. Wir wissen, daß z. B. die Industriezone Lana erst zögernd ihre Arbeit aufnimmt. Wir wissen, daß dort vorwiegend Betriebe hingekommen sind, die bereits im Burggrafenamt waren, Pobitzer und die noch dazu durch Rationalisierung ihre Beschäftigtenzahl verringern. Also, von einem industriellen Start ist in Südtirol gar nichts zu spüren, weil der politische Willen gefehlt hat. Und ich sage es noch einmal: Ich bemitleide jeden, der dieses Assessorat übernehmen muß.

Heiterkeit erweckt in mir die „Schulung der Unternehmer“. Das ist rührend. Wollen Sie den Herrn Amonn und den Herrn Pretz und wie sie alle heißen „schulen“. Was wollen Sie denn schulen? Die wissen politisch und wirtschaftlich sehr gut Bescheid. Schulen Sie die Arbeitnehmer! Es ist höchste Zeit, daß in Südtirol endlich einmal die Arbeitnehmer geschult werden. Helfen Sie ihnen bei der Erringung ihrer Rechte. Verhindern Sie, daß z. B. im Fremdenverkehr Mädchen 16 und 18 Stunden arbeiten. Schulen Sie einmal diese Menschen, und nicht die Unternehmer. Die wissen schon auf ihre Briefftasche gut Rücksicht zu nehmen. Die wissen auch, wo sie politisch ihren Rückhalt haben. Die klopfen im Landhaus nicht an fünfzehn Türen, die gehen schon direkt auf die zu, die sie interessiert, und kommen dort auch hinein.

Und auch hier: „Schaffung von dezentralisierten Entwicklungspolen“. Mein Gott, klingt das ge-

schwollen! Auch da kann ich Euch nur sagen: Hosenfabriken, das sind die dezentralisierten Entwicklungspole, die herausgekommen sind. Geht doch einmal von diesem vollkommen leeren Schlagwort ab. Zeigt endlich einmal eine industrielle Entwicklung, die sich an den Realitäten mißt, und sich daran entwickelt. Ich habe immer wieder gesagt, und ich darf es ohne Gehässigkeit sagen: südlich von Salurn ist die Industrie auf einmal da. Schauen Sie sich das einmal an. Rechts und links von der Straße, da sehen Sie die Betriebe. Warum? Sind dort die Leute wesentlich tüchtiger? Nein. Ich kann Euch ganz ehrlich sagen, und man braucht auch nur die Tabellen des Medio Credito der Fünfzigerjahre durchzuschauen: Hier wollte man keine Industrie, man hat sie abgelehnt, man hat sie vertrieben, so z. B. die GRUNDIG in Lavis, die man aus dem Vinschgau vertrieben hat. Ganz klar, wenn man lange hin und her handelt, wie man es bei der Reifenfabrik gemacht hat — vielleicht ist es gar kein Unglück —, wenn man mit Hintergedanken die ganze Geschichte betreibt, kann nichts Besonderes herauskommen.

Handwerk, Lehrlingsfürsorge. Da gibts eine sehr schöne Initiative, die von jungen Leuten durchgeführt worden ist. Bei unserer Lehrlingsfürsorge wäre manches zu verbessern, doch das hebe ich mir für eine andere Gelegenheit auf, um zu sagen, wie es mit unserer Lehrlingsausbildung in der Praxis steht. Wie wenig daraus gemacht wird.

Handel. Maßnahmen zu Gunsten des Verteilungssektors. Es wäre sinnvoll gewesen, in der Zeit der Preissteigerung, — sie geht ja noch weiter. Vielleicht wäre der Provinz etwas eingefallen, doch ich glaube, es wird ihr nichts einfallen: sie steht mehr auf dem kapitalistischen Entwicklungsmodell, nach dem Motto: Wer sich nimmt, der tut gut, die anderen sollen sich selber helfen. Deswegen erwarte ich mir von diesen Schlagworten wirklich wenig. „Maßnahmen zu Gunsten des Verteilungssektors“ wären bereits seit Jahren dringend notwendig. In einer Zeit, wo die wirtschaftliche Situation, den Arbeiter überfordert, fragen Sie einmal den, ich darf mich immer wieder beziehen auf den Arbeiter in der Industriezone . . ., der vielleicht 150.000 oder 160.000 Lire im Monat verdient, nicht mehr, meine Herren, unter welchen Schwierigkeiten dieser Mann und seine Familie zu kämpfen hat. Wenn Ihr mit diesen Menschen mehr in Kontakt wäret, wenn Ihr hören würdet, was diese Menschen sprechen, dann würdet Ihr nicht so billige Worte von Euch gehen.

Frage Fremdenverkehr. Ja, da gibts auch schöne Ideen. Was ist die zentrale Frage unseres Fremdenverkehrs? Die Soziale Fortschrittspartei hat immer wieder gesagt: eine Verbesserung der Qualität unse-

res Fremdenverkehrs. Wir sind eine Durchmarschzone geworden, weil wir zum Teil auch nicht die nötigen Ausbildungsvoraussetzungen, nicht die nötigen Investitionen durchgeführt haben, um diesen Fremdenverkehr zu verbessern. Es ist typisch, ich darf offen sagen, was aus Meran geworden ist. Meran ist so eine Art Karawanserei, behaupte ich immer, wo man in Zehnerreihen durch die Straßen marschiert, wo es kein Luxushotel gibt, wo diese Alternative — wie sie z. B. in der Schweiz durchaus Gang und Gäbe sind — einfach nicht realisiert worden ist. Der Fremdenverkehr bei uns bedarf einer entscheidenden Förderung, er bedarf einer Verbesserung der Struktur, er bedarf dessen ohne Zweifel. Aber bitte auch hier: Initiativen, Modelle, gewisse Entscheidungen. Wissen Sie, wo unser Fremdenverkehr gelandet ist? Warum steht da nichts drinnen von unseren Appartement-Häusern? Im ganzen Land eine der größten Seuchen. Gesellschaften, die in Hamburg, in Frankfurt ihren Sitz haben, bei den Bauern billig das Land erwerben — z. B. Völlan, und anderswo —; die jetzt sogar anfangen, Bauernhöfe wahllos aufzukaufen. Das wird dann in Frankfurt verwaltet, oder in Hamburg vermietet. Eine echte negative Situation für unseren Fremdenverkehr. Das Land verkauft man nur einmal. Schauen Sie, wieviele Wohnungen in Meran von Ausländern gekauft worden sind! Wieviele Ärzte und Apotheken z. B., Bundesdeutsche, dort Wohnungen besitzen. Nicht einmal die Aufenthaltssteuer zahlen sie. Ist das denn nicht ein Problem, das für unseren Fremdenverkehr von entscheidender Bedeutung ist? Das sind echte Fragen. Meran ist heruntergekommen. Nicht nur deshalb, weil es kein Luxushotel hat, das ist meine Sorge nicht. Aber ich bin der Meinung, daß es gewisse Attraktionspole haben muß. Und das sind ja alles Arbeitsstellen, — ich sehe es in dieser Hinsicht. Es hat auch die umweltmäßigen Voraussetzungen, um eine wirklich erstklassige Fremdenverkehrsstation zu sein. Und das war es auch. Man hat das versäumt. Heutzutage wird in Meran gebaut und gebaut, die Spekulation beherrscht alles. Es gibt auch Leute, die sich an dieser Spekulation gesundstoßen, jedoch zum Schaden der Entwicklung. Auch da müßte man präzise Wünsche und präzise Vorstellungen haben. Ich lese da: „Förderung der unterentwickelten Gebiete mit besonderer touristischer Eignung“. Aber, sagt doch welche, das ist ja das wichtigste. Ich gebe es durchaus zu, es kann solche geben. Das Problem, das sich heute uns stellt ist, daß man da ein Fremdenverkehrszentrum entwickelt, und dort ein Fremdenverkehrszentrum entwickelt — oft sind diese Zentren wenige Kilometer, zehn oder zwanzig Kilometer von einander entfernt —, doch alles ohne ein Konzept. Ich weiß, daß

jetzt im Pustertal solche Initiativen aus dem Boden sprießen. Was passiert z. B. im Villnößertal? Das ist auch nichts anderes als eine spekulative Investition. Da steht: „Neustrukturierung der zentralen und peripheren Fremdenverkehrsorganisationen“. Ich kann es nur wünschen. Ich kann mich auch voll anschließen der Idee der „Ausweitung der Berufsertüchtigung“. Nirgends ist es so wichtig wie auf dem Sektor Fremdenverkehr, gut ausgebildete Leute loszuschicken. Sie wissen, es gibt eine Untersuchung, ich glaube, es ist die Untersuchung von Herrn Mayr-Simon, der über Bildungs- und Ausbildungsprobleme in Südtirol eine Dissertation geschrieben hat. Er hat katastrophale Mißstände aufgedeckt. Er sagt, daß 40 Prozent dieser Garnis Ausbildungsmäßig überhaupt nicht die Voraussetzungen haben, daß es Familienbetriebe sind, die sich durchfüttern, die aber, ehrlich gesagt, oft auf Kosten der Angestellten sich durchschlagen müssen. Alles Situationen, die, glaube ich, einen Assessor für Fremdenverkehr mehr abringen sollten als solche vage Formulierungen.

Ein ganz wesentliches Problem, und das muß ich noch unbedingt behandeln, ist das Wohnproblem. Darüber muß ich mit Herrn Assessor Benedikter ganz offen reden. So wie die Dinge heute sind — es gibt ein Modell, und das will ich nicht nennen, weil es nicht daher gehört —, ergibt sich die Frage der Wirksamkeit der Genossenschaften. Wie die Dinge heute sind, ist es nicht möglich, mit dem Kleinsparergesetz und mit dem Genossenschaftswesen, etwas Konkretes zu bauen. Ich kenne Genossenschaften in Brixen, es ist nicht eine Großstadt, die wohl alles hätten: den Grund und die Finanzierung —, doch die Kostenexplosion ist so, daß sie absolut nicht in der Lage sind, damit etwas anzufangen. Da muß ich Sie bitten: Gehen Sie von diesem Modell ab: da macht Ihr wunderschöne Rangordnungen, die Leute laufen sich die Füße wund, dann kriegen sie schöne Punkterln, doch in Punkterln kann man nicht wohnen, in Punkterln kann man nicht existieren, sondern man braucht ein Dach überm Kopf und eine Wohnung. Und ich bitte da konkret — und das ist eine Frage, die wahrscheinlich dieser Landesausschuß in dieser Legislaturperiode ganz anders lösen muß, nun die Bereitstellung von Wohnungen, von Mietwohnungen. Hier muß das Land aktiv werden, hier muß die Marktwirtschaft vielleicht etwas verlassen werden und für die Menschen etwas getan werden. Das wäre keine schlechte Initiative. Man muß Mietwohnungen bereitstellen, denn für Leute, die 170 oder 180 tausend Lire im Monat verdienen, sind 70 bis 90 tausend Lire Miete im Monat nicht tragbar. Wir gehen einer Entwicklung zu, wo die Preise horrend sind. Es geht nicht an, daß man das

mit schönen Worten bemäntelt. Die Not dieser Menschen — und das sind Leute, die nicht arm sind in unserem Sinne, das sind Facharbeiter, das sind Leute, die Tag für Tag zur Arbeit gehen, die vielleicht zu zweit und zu dritt verdienen, um die Lebenskosten überhaupt noch auffangen zu können. Hier muß das Land intervenieren — das Land ist ja immer befangen, die Volkspartei ist befangen von der Privatinitiative, alles, was nicht Privat ist, ist Sozialismus. Na, der Sozialismus hat auch seine sehr positiven Seiten. Und da muß man jetzt ganz offen sagen: Hier ist die Lösung des Wohnungsproblems mit den bisherigen Modellen nicht möglich. Schon längst harren die Semirurali. Warum geschieht nichts? Das ist die entscheidende Frage. Und hier kann man nicht mit Genossenschaften, nicht mit Kleinsparern reden. Das wird vielleicht die Banken freuen, wenn sie da ihre Zinsen kassieren, aber den Menschen kann das nicht genügen. In Bozen ist heute das Wohnungsproblem ein entscheidendes Problem. Ich sage Bozen, und dabei sage ich etwas absolut Einseitiges. Genau so schwer ist es in Schlanders. In diesen Orten ist es oft noch schwieriger, eine Wohnung zu bekommen. Ich kenne Freunde in Schlanders, die 60.000 Lire für eine Kleinwohnung zahlen. Das geht nicht mehr. Und die Genossenschaftsinitiativen sind nicht imstande, einen sozialen Wohnbau zu fördern. Und da muß ich fragen: Was ist aus dem schönen Gesetz geworden, das vor zwei oder drei Jahren im Sommer verabschiedet worden ist? Große Wirkungen habe ich noch nicht erlebt. Alles steht still. Das einzig Positive, was dieses Gesetz hervorgebracht hat, ist, daß es die Preise der freien Gründe enorm erhöht hat. Gehen wir nach Seis, Kastelruth, also in diese Gegenden, und schauen wir, was die Gründe kosten, wenn sie überhaupt noch vorhanden sind, wenn sie nicht schon von deutschen Immobiliengesellschaften in Hamburg und Frankfurt aufgekauft worden sind. Aber Sie wissen, es ist hier angedeutet worden, daß die Ansässigen, die weichen Erben, die ersten Opfer dieser Situation sind; dann kommen natürlich die übrigen Bürger dieser Provinz; alles zum Schaden einer rationellen und konkreten Entwicklung.

Über Hygiene und Sanität muß ich als Arzt unbedingt einige Worte sagen. Ich bin nicht der Meinung, daß „die einheitliche Führung der vorbeugenden, heilenden und rehabilitierenden sanitären und sozialen Dienste“ den Gemeinden übertragen werden müssen. Davon erhoffe ich mir gar nichts. Was soll das? Da muß ich jetzt fragen, es wird mir wahrscheinlich jemand antworten: Was heißt „den Gemeinden übertragen“? Die Gemeinden sind oft gar nicht imstande, die Schulmedizin durchzuführen. Wenn man in diese Ambulatorien hingeht, dann muß man oft eine

halbe Stunde lang Staub wischen, bis man zum Glas-tisch kommt. Warum? Weil der Arzt, der in der Gemeinde ist, gar nicht die Zeit hat, für die sehr wichtige, präventive Schulmedizin tätig zu sein. Das ist eine Realität. Bevor ich mich hier als Facharzt niedergelassen habe, habe ich vier oder fünf Jahre im Sommer in Tisens, Lana, Vöran und Marling als praktischer Arzt gearbeitet. Ich weiß nicht, vielleicht habe ich es falsch verstanden, doch den Gemeinden kann gar nichts übertragen werden. Wir haben eine solche Not von Akademikern, wir haben eine solche Not von Ärzten, daß es gar nicht höher geht. Ich glaube, der jüngste Arzt im Vinschgau ist jetzt in Naturns oder in dieser Gegend, im ganzen Vinschgau gibt es nämlich keine Landärzte mehr. Den Gemeinden das zu übertragen hat gar keinen Sinn. Die müssen froh sein, und sind froh, wenn sie einen Militärarzt aus Mals oder Schlanders bekommen. Das ist die Realität, das ist die Situation. Ich möchte bitten, in solchen Dingen konkret zu sein. Das ist nicht der Weg. Wir reden schön von Sozialfürsorge und Wohlfahrt. Da ist noch gar keine Rede davon. Es geht einfach darum, daß wenn man in Tanas oder in Tarsch krank ist, überhaupt einen Arzt sieht, der da hinkommt. Ich glaube, daß dies ein echtes Problem sein muß. Und ich möchte noch präziser sein. Ich bin der Meinung, daß hier eine Reform des Sanitätswesens möglich und sogar notwendig ist. Ich bin einer derjenigen, die glauben, daß es höchste Zeit ist, für eine Sanitätsreform, allerdings nicht in maximalistischen Tönen. Ich bin nicht der Meinung, daß das, was bisher hier oft, besonders von staatlicher Ebene ausgesagt worden ist, daß das eine ideale Lösung sei. Hier müssen wir vom bisherigen System abkommen. Auch das Krankenkassensystem, die Vereinigung usw., das alles sind Schritte. Ich würde sogar wünschen, daß die Provinz nicht wartet, bis diese Situation auf nationaler Ebene reif ist. Ich bin der Meinung, daß die Provinz endlich einmal ihre Autonomie dazu nützen soll, etwas Konstruktives zu machen, ohne dazu von staatlichen Gesetzen gezwungen zu sein. Darf ich offen etwas sagen, als Privatarzt? Sie werden unabhängig davon, wer diese Reform machen wird, auf die Opposition bestimmter Kreise stoßen. Der korporativistische Geist ist nirgends so stark wie in gewissen Kategorien. Ich will meine Kollegen nicht zu stark angreifen. Haben Sie keine Angst. Man redet immer wieder: die Privatinitiative, der Schutz usw.! Ich bin der Meinung, daß es richtig ist, daß man nicht mit Schlagworten operieren kann; daß der Arzt und der Kranke eine besondere Freiheit genießen müssen. Aber ich bin der Meinung, daß man ethische Appelle nicht mit der Briefftasche verwechseln darf. Das soll hier klar

gesagt sein. Und ich möchte bitten, daß wenn solche Reformen durchgeführt werden, die selbstverständlich mit der Ärzteschaft besprochen werden, aber nicht einzig und allein mit der Ärzteschaft, sondern daß man mit allen Kategorien der Bevölkerung eine Lösung sucht, denn es sind Probleme, die auch die Ärzteschaft nicht in der Lage ist allein zu lösen. Das sei ausdrücklich gesagt, ohne hier jemanden zu treffen.

Ein letztes Wort über die psychiatrische Betreuung. Ich höre immer wieder — es wird mir ja jemand antworten — von dem Bau einer neuen Nervenheilanstalt in der Gegend von Bozen. Ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiete und maße mir nicht Meinungen an. Ich möchte nur sagen, ich hoffe nicht, daß das ein zweites Pergine werden soll. Die Zeit der geschlossenen Abteilungen ist, soviel ich weiß, in der Psychiatrie vorbei. Heutzutage kann man diese Menschen durchaus wieder in die Gesellschaft integrieren. Ich hoffe, daß das Institut, welches dort entsteht, nicht eine geschlossene Anstalt wird, — daß wir „unsere Narren“ sozusagen bei uns haben — sondern daß wir für die Nervenkranken eine Station haben, eine Behandlungsmöglichkeit, die es ihnen ermöglicht, so bald als möglich wieder in der Gesellschaft aufgenommen zu werden. Und wir wissen, daß das heute mit den modernen Therapien — ich bin kein Fachmann — beim Großteil der Fälle durchaus möglich ist. Ich möchte wissen — wahrscheinlich erfahre ich das von Frau Assessor Gebert —, welches Modell, welche Ideen Sie mit diesem Konzept verbindet. Das würde mich sehr interessieren, und die Partei hätte dazu unbedingt etwas zu sagen.

Schule und Kultur. Da kann ich als Sozialist wohl etwas sagen. Es hätte nicht nur der Überprüfung der Lehrprogramme bedurft, sondern auch der Überprüfung der Funktion der Schule in dieser Gesellschaft. Da würde ich schon wünschen, daß man effektiv ein wenig über die üblichen Schemas hinausgeht. Vieles ist verbesserungswürdig, vieles braucht eine neue Konzeption. Ich bin der Meinung, daß die Frage unserer Schule wirklich eine der zentralen Fragen ist. Sie ist aber noch lange nicht gelöst. Ich kann daran erinnern, daß die Südtiroler Volkspartei sich vollkommen überraschen hat lassen von der seinerzeitigen Gründung der Pflichtmittelschule. Man hat es damals nicht für wahr, nicht für möglich gehalten. Man hat das hinterher teuer gebüßt. Das Problem unserer Mittelschule ist immer noch das Problem der Lehrkräfte. Wie Sie alle wissen, 70 oder 80 Prozent — der Herr Dr. Zelger tut immer ein bißchen herunterspielen, aber bitte, es ist sein gutes Recht, doch zwischen 70 und 80 Prozent dürften wir uns beide treffen —, haben keine Ausbildung, haben keinen Studientitel. Das führt mich zu

einem Problem, das hier nicht genannt worden ist, ich will das noch schnell sagen: Universität. Über die Universität, glaube ich, hat dieser Koalitionsausschuß sicher gesprochen. Wie er darüber gesprochen hat, was er gesprochen hat, gehört zu den Mysterien, die die Minderheiten nicht erfahren. Ich sage nur eines: weder im Dokument „Südtirol 1981“ noch hier ist die Uni drinnen. Ich kenn nur die Äußerungen des Herrn Landeshauptmannes Magnago, der mit einer Vehemenz, die eines besseren Zieles würdig wäre, gegen die Uni loszieht. Und immer mit einem der falschesten Argumente. Ich bitte Sie, Herr Dr. Magnago, lassen Sie sich etwas Besseres einfallen. Er zieht mit dem Argument los: Die Uni würde nur die Italiener fördern. Die Uni würde der Italianisierung Vorschub leisten. Das ist ja längst nicht wahr. Wenn es ein absolut falsches Argument gegen die Universität in Bozen gibt, dann ist es dieses. Sie können viele andere Argumente bringen, wirtschaftliche, entwicklungsmaßiger Natur, aber nur dieses eine Argument nicht, das immer wieder von Ihnen vorgebracht wird. Es mag vielleicht den einen und anderen, ressentimentmäßig aufrütteln, aber es stimmt nicht. Die Frage der Universität ist eine Frage, die sich in dem Moment gestellt hat, als z. B. jeder Region ein Universitätsinstitut zugestanden worden ist. Trient hat zugegriffen — vielleicht hat es auch einen besseren Rückhalt in Rom, das kann sein — und hat den Mut gehabt, diese Universität aufzuziehen, auf einer sehr konkreten, lokalen Basis. Das wird uns in große Schwierigkeiten bringen. Es wird uns später in große Schwierigkeiten bringen, wenn wir hier nicht eigene Konzepte aufbringen. Ich möchte die Landesregierung wirklich bitten, und da bitte ich auch noch einmal die Vertreter der DC, PSI und PSDI, dieses Problem nicht fallen zu lassen, weil es uns alle betrifft. Es betrifft Südtiroler und Italiener gleichermassen, wobei ich aber der Meinung bin, daß die Südtiroler den größeren Profit haben werden. Ich habe vielfach, auch in Österreich über diese Frage der Universität gesprochen. Ich kann mich erinnern, daß selbst der Bundeskanzler Kreisky mir einmal ganz offen gesagt hat: doppel-sprachige Universitäten sind durchwegs gute Universitäten. Das Beispiel des alten Österreichs hat es gezeigt. Es hat sich gezeigt, daß die Prager Universität besser war als die Wiener Universität, weil dort der Konkurrenzkampf, die geistige Auseinandersetzung stattfindet.

(Unterbrechung - interruzione)

Och, der Panslawismus, um Gottes Willen, mein Gott, mein Gott! Wir haben auch den Irredentismus, der lebt. Aber das sind doch alles Entwicklungen von den letzten siebzig Jahren. 600 Jahre war Prag eine Stadt, in der sich

beide Volksgruppen gut vertragen haben. Wenn man fragt, wer schuld ist, dann wird man bald erkennen, daß die nationale Trommlerei des Wilhelm und anderen genau diesen Panlawismus ausgelöst hat. Daß also niemals nur eine Seite schuld ist. Und wenn es heute keine deutsche Universität Prag mehr gibt, so sind gerade Adolf Hitler und seine Generäle dran schuld. Nun, ich komme zurück: Ich bin der Meinung, daß eine Universität in Bozen, wenn sie eine doppelsprachige Universität ist, absolut lebensfähig ist. Ich möchte noch etwas dazu sagen. Alle diese Diskussionen sind insofern lächerlich, weil de facto unter dem Motto „Wir wollen keine Universität“ sich bereits Universitätsinstitute etabliert haben, — sehr zum Mißfallen des Herrn Assessor Zelger, Sie geben es doch zu, weil Sie seit Jahren einen fast vergeblichen Kampf führen, der leider in der Öffentlichkeit nicht aufscheint. Aber, ich weiß aus den Äußerungen Ihrer Mitarbeiter, ich weiß aus Ihrem Konzept, daß Sie gerade diese Entwicklung nicht haben wollen, weil es Sie dazu führen wird, daß wir das bekommen, was wir nicht wollen. Wenn wir aktiv wären, könnten wir eine Hochschule haben, die den Bedürfnissen der hiesigen Bevölkerung entspricht. Ich glaube, dieses Thema ist effektiv diskussionswürdig, dieses Thema verdient eine Vertiefung. Ich bitte den Herrn Assessor, uns unmißverständlich klarzumachen, was es mit diesem Institut auf sich hat. Was ist das Bildungszentrum? Welche Aufgabe erfüllt es? Ist es de facto ein Universitätsinstitut? Was sind die anderen Initiativen, die Tag für Tag wachsen, die viele, viele Hunderte von Millionen verschlingen? Wie stellt sich die Landesregierung zu einer Entwicklung, die sich zwar in ihrem Bereich, aber außerhalb von ihrer Einflußnahme vollzieht? Ich glaube, daß die Universität, mit allen Rücksichten, die in einem doppelsprachigen Gebiet angebracht sind — die SFP hat einmal ein bestimmtes Modell aufgezeigt —, effektiv eine Möglichkeit ist, gesellschaftliche Zentren zu schaffen. Und in diesem Zusammenhang möchte ich eines sagen, weil wir auf das Problem Kultur zu sprechen kommen. Es gibt eine Südtiroler Kultur. Ich bin einer derjenigen, die nicht glauben, daß es hier nur die Italiener gibt, die mit einer Nabelschnur von Rom oder weiß Gott wo mit Kultur versorgt werden, und dann die Südtiroler, die mit einer Nabelschnur von Innsbruck oder München oder sonstwo versorgt werden, und dann noch die Ladiner. Ich bin der Meinung, daß es einen gemeinsamen Ausdruck einer Südtiroler Kultur gibt. Und ich glaube, daß unsere Jugend immer mehr diese gemeinsame Kultur zeigen, praktisch verwirklichen wird. Ich bin deshalb der Meinung, daß man hier, im Interesse einer autonomen Entwicklung dieser Kultur, ein solches Zentrum schaffen soll. Die

Universität könnte ein Zentrum sein: ein gesellschaftliches Zentrum, ein wissenschaftliches. Es könnte auch ein Zentrum eines Geisteslebens sein, das bei uns, sagen wir es ganz offen, stark vernachlässigt ist. Wir sollten, wenn wir uns eine Rolle europäischen Ausmasses — was ja übertrieben ist — zumuten, auch den Mut haben, etwas aus dem Kirchturnprovinzialismus auszubrechen, in dem wir derzeit drinnen sind. Es genügt nicht, einmal im Jahr das Burgtheater hereinzubitten, um „Kultur“ zu machen: damit ein paar Leute mit dem Pelzmantel dort hingehen und sich zeigen können. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Kultur hier effektiv gefördert wird. Aber da darf man nicht Angst haben vor der Kultur. Kultur und Wissen bringen auch Kritik mit sich. Ich glaube, viele Herren — wenn man die Zuschriften des Herrn Amonn liest — wollen das nicht. Die grausen sich schon, wenn in Trient einmal eine Fensterscheibe kaputtgeht. Ehrlich gesagt, sie haben lieber, wenn unsere Jugend weg ist. Dann reden sie geschwollen, daß man nach Paris studieren gehen sollte, — das sagen sie dann dem Bauernbuben, der womöglich 300.000 Lire im Jahr an Stipendium kriegt. Das ist Heiterkeit, nicht darüber müssen Sie auch lachen!

Dezentralisierung: da wird wieder eine Kommission gebildet. „Entfaltung, Initiativenfreiheit“. Also, mit der Kultur ist hier wenig zu holen. „Völlige Achtung der Selbständigkeit der jeweiligen Kultur der drei Sprachgruppen usw.“ — Ich finde diese Aussage... vielleicht wird sie einmal untermauert, ich habe zwei Fragezeichen dazugemacht. Die Soziale Fortschrittspartei hat hinsichtlich der kulturellen Entwicklung ganz andere Vorstellungen als die Südtiroler Volkspartei, und folglichweise ist da eine Konfrontation bei anderer Gelegenheit, wahrscheinlich bei der Bilanz, viel aktueller.

Ich muß überhaupt sagen: Das ist das Protokoll der Vertiefer und Denker und der Kontrolleure. Fast überall, bei jedem Problem ist ein Vertiefen und Überdenken verlangt, oder eine Kontrollkommission?

Über die Information darf ich schon noch etwas sagen. Die Journalistengewerkschaft hat, ich glaube noch vor Ende der letzten Legislaturperiode, ein Arbeitspapier vorgelegt. Die Informationssituation in Südtirol ist skandalös. Wir haben ein Monopol — man redet von einem Herrn Springer; bei uns wäre der Herr Springer überhaupt ein kleiner Mann gegenüber dem Monopol der Athesia —, wir haben ein Monopol, das die Bevölkerung einseitig informiert; das überhaupt, ehrlich gesagt, auch in den letzten zwanzig Jahren hinsichtlich der politischen Entwicklung Südtirols enorme negative Faktoren ins Spiel gebracht hat. Wenn wir bedenken, die ganze

Hetzpropaganda der Fünfzigerjahre, wo die „Dolomiten“ so ungefähr der „Völkische Beobachter“ war. Das sind Dinge, die man nicht vergessen, die man nicht ignorieren kann. Ich hätte Euch von der Regierung geraten, dieses Kapitel nicht hineinzutun, und nicht solche Phrasen hineinzutun: „... bevor wir eine lokale und zeitgemäßere Haltung einnehmen, noch ein Vertiefen und ein Überdenken.“ Verflucht noch einmal, wenn die Herren, die jeden Tag diese Geschichte, die „Dolomiten“ lesen, dann sind sie entweder nicht mehr fähig, sich zu vertiefen, oder zu denken, aber solche Phrasen sollen sie wirklich nicht hineinnehmen. Es geht hier nicht nur um die Frage der Regierung, es geht darum, die Bevölkerung besser zu informieren.

Die Journalisten haben damals ein paar präzise Vorschläge gebracht. Die Gewerkschaften haben diese Vorschläge dann noch ausgearbeitet. Man darf nicht so tun, als ob die Realität nicht die wäre, die sie in Wirklichkeit ist. Da steht dann schön: „In diesem Sinne bilden die Pressefreiheit und die Bildungsfreiheit die Stützen usw.“ Mein Gott, wer weiß das nicht besser als die Opposition, der es heute noch nicht möglich ist, in der Athesia-Presse ihre Mitteilungen unterzubringen (wo nur die SVP unter den Veranstaltungen aufscheint), die sie nicht nur jeden Tag ignoriert fühlt, sondern die sogar noch in der Wirklichkeit vollkommen entstellt dargestellt wird. Ich darf an die Episode bei der LANCIA erinnern, die sich vor etlichen Tagen zugetragen hat. Ich glaube, Dr. Pasquali war dort. Die „Dolomiten“ hat geschrieben: Dr. Jenny erhielt eine Abfuhr. Wenn es wahr wäre, würde ich es noch akzeptieren. Nichts ist wahr, erlogen und verlogen. Es hat keinen Sinn mehr, sich mit solchen Leuten auseinanderzusetzen und mit dieser Gehässigkeit, die da drinnen steckt.

Wenn ich vorhin gesagt habe, daß es wünschenswert wäre, ein neues Klima in Südtirol einzuführen, soll man es diesen Herren sagen, die sich als „katholische Presse“ ausgeben, und die grundsätzlich den Katholizismus jeden Tag mit Füßen treten. Mit Lügen, mit Verleumdungen und Aufhetzungen kann man nicht katholische Presse betreiben. Ich bin der Meinung, daß die Landesregierung etwas unternehmen kann auch mit der Athesia, mit der sie ja in guten Beziehungen steht, sonst hätten wir nicht den Herrn Ebner als Kandidat für die Parlamentswahlen aufgestellt! Ich weiß, das Thema ist ja uralt, es hat Zeiten gegeben, wo der Herr Magnago sauer war auf die Athesia, mehr als sauer. Auf den Ebner war er sowieso sauer, und auf die „Dolomiten“ genauso. Ich kann nicht verlangen, daß Ihr Besitzverhältnis verändert, absolut nicht. Aber, wenn die Landesregierung einen konstruktiven Beitrag für die Libe-

ralisierung geben will, dann kann sie dies tun, indem sie gewisse Förderungen gibt, indem sie bestimmte Initiativen ergreift, die nichts anderes bezwecken, als die Pluralität der Information. Das wäre der einzige Wunsch, und diese ganzen Redensarten würden sich vollkommen erübrigen. „... ohne ungerechtfertigte Hindernisse, aber in wahrheitsgetreuer Form...“, das ist alles, Sie wissen es selber, eine Schaumschlägerei.

„Verwirklichung einer periodischen Informationsschrift“. Lassen Sie das, lassen Sie das. Was soll das? Soll das ein Propagandablatt für den Landesausschuß werden? Nutzlos, gar nichts! Versuchen Sie, die Bürger über die Tätigkeit zu informieren, indem Sie die Pluralität der Presse, die Pluralität der Information in Südtirol unterstützen. Ich glaube, jeder Journalist wird darum bemüht sein, wenn er nicht zu sehr abhängig ist — und das ist ja der große Kampf, den die Journalisten zur Wahrung ihrer Freiheit: der Kampf um die Redaktionsstatute, der in Deutschland, in Italien, überall aktuell ist führen müssen. Das ist die Aufgabe, die wir als Politiker unterstützen müssen: Diesen Menschen die Möglichkeit geben, daß sie ohne Maximale Abhängigkeit von ihren Verlegern, ohne Meinungsdictatur dieser Verleger berichten können. Es ist sehr schön gesagt, es ist sehr leicht gesagt, aber noch lange nicht verwirklicht.

Und in diesem Zusammenhang, glaube ich, wäre manches zu tun. Ich verweise auf das, was die Journalisten selbst gesagt haben, was mir sehr bemerkenswert erscheint, was wir, meiner Ansicht nach, noch einmal aufgreifen müßten, weil es ungefähr ein Modell ist, auf das man sich einspielen könnte.

Rundfunk und Fernsehen. Ich habe kurz etwas gesagt. Ich glaube, ich brauche mich nicht zu wiederholen, es fällt unter die Informationspflicht hinein.

Transportwesen. Das wäre eine der großen Fragen, die wir behandeln können. Nun, wie es bei uns mit dem Transportwesen ist, das weiß jeder. Ich mußte am Sonntag aus parteilichen Gründen vom Vinschgau nach Hause fahren, ich bin zuerst mit dem Zug und dann mit der SASA gefahren. Ich habe es erlebt, was es bedeutet, in unserem Lande 80 Kilometer zu machen, ohne auf einen Privatwagen rechnen zu können, — skandalös. Wenn wir dazu noch denken, daß die Energiekrise immer mehr Menschen dazu zwingt, ihr Auto zu Hause zu lassen und sich den öffentlichen Verkehrsmitteln anzuvertrauen, dann müssen wir erkennen, daß die Frage des Transportwesens von eminenter Bedeutung ist. Ich bin sogar der Meinung, daß es überhaupt eines der Probleme ist, die auch unsere kleinen Leute am bittersten empfinden. Derjenige, der bisher seinen „600“

noch benützen konnte, der muß es sich heute, bei den geltenden Benzinpreisen überlegen, ob er das tun kann. Das ist für ihn nicht tragbar. Hier sollte man nicht reden von „Zweckmäßigkeit der Gründung und Förderung von Unternehmen“. Rechnen Sie einmal aus, was die SASA bisher an öffentlichen Beiträgen bekommen hat: viele, viele Milliarden Lire. Ich war selber Gemeinderat in Meran, — der Kampf um die Beiträge für die SASA war an und für sich so periodisch wie die Wiederkehr der Jahreszeiten. Was ist passiert? Ein Unternehmen wird aufgepöppelt, das einen miserablen Dienst leistet, das jahrelang keinen neuen Autopark eingerichtet hat, und das an und für sich immer noch von den Subventionen lebt, das die Bilanzen nie vollkommen vorgelegt hat, — einer der Gründe, warum ich seinerzeit als Gemeinderat der Sozialen Fortschrittspartei in Meran dagegen gestimmt habe — und das heute immerhin noch neue Mittel aus öffentlicher Hand verlangt. Hier, liebe Freunde, auch wenn es mit der „sozialen Marktwirtschaft“ nicht ganz im Einklang steht, muß man handeln! Nicht diese leeren „soll, und wenn und aber“! „Es soll eine Kontrollkommission, mit der Auflage... eine fundamentale Einrichtung zu sehen“. Hier ist es Zeit zu handeln. Die Frage der Energieknappheit wird sich nicht innerhalb kurzer Zeit lösen lassen. Die Verteuerung der Ölpreise ist eine Realität und wird nicht zurückgenommen. Es interessiert immer mehr einfache Menschen, besonders Pendler, Werktätige, wie sehr und wie gut diese öffentlichen Verkehrsbetriebe funktionieren. Aber auch hier, bitte, wäre es nach Meinung der Sozialen Fortschrittspartei jedenfalls richtig gewesen, ein Problem aufzugreifen, eines, die SASA: Jawohl, wir lösen diese Frage; wir haben diese Vorstellung; wir haben eine politische Vorstellung, daß das Transportwesen in dieser Situation so und so verändert werden muß. So wird es niemals verändert, so werden weiterhin die Steuergelder gewissen Investitionsfonds zukommen, über die wir nicht genau Bescheid wissen. Und so wird der einfache Mann sich weiterhin quälen müssen, und das Transportwesen wird nicht verbessert.

Straßenwesen. Ich glaube, da braucht man nicht viel dazu zu sagen. Es wäre auch hier der Wunsch, daß das Straßenwesen nicht, nach den wiederkommenden Wahlen, besonders aktiviert oder gebremst wird. So viele Wahlen gibt es nicht, daß die Gemeinden, denen alles versprochen wird, dann auch alles erhalten.

Umweltschutz. Ein Problem, das sicherlich von entscheidender Bedeutung ist. Was hier an Umweltschutz konkret geboten wird, weiß ich nicht. Ich kann mir auch schlecht vorstellen, wie dieser Umweltschutz, wie die landwirtschaftliche Tätigkeit

gleichzeitig mit diesem Umweltschutz kombiniert werden soll. Ich möchte das genauer erfassen. Wenn man hier den technischen Fortschritt anwendet, wenn das bedeutet, daß man Baggerarbeiten o.ä. macht, wie es manchmal geschieht... da möchte man schon präziser sein. Diese Aussage des Umweltschutzes in Verbindung mit den Naturparks ist sehr, sehr zweifelhaft. Aber ich will nicht polemisieren, bevor mir nicht gesagt wird, wie das gemeint ist: daß hier also der technische Fortschritt, Bodenmeliorierungen, die der technische Fortschritt bietet, damit einbegriffen sind. Denn damit könnte man ja Erdbewegungen ungeheuren Ausmasses vollziehen. Besonders die Frage der Naturparks: es gibt einige Modelle dazu, Salzburgerland usw., die sind ja auf einer ganz anderen Ebene. Ich werde mir erlauben, wenn da jemand konkret antwortet, diese Modelle zu zitieren.

„Nutzung der Gewässer zur Stromerzeugung und Elektrifizierung“, — sicherlich, da sind wir einverstanden.

„Umweltschutz“ beginnt wohl damit, daß man bestimmte Initiativen ergreift. Wir wissen z. B., das können wir uns ganz offen sagen, daß die Tätigkeit in der Landwirtschaft mit ihren chemischen Mitteln bis zu 40 Prozent an der Verseuchung schuld ist. Das wissen wir. Es gibt genaue Untersuchungen einer deutschen Gruppe, die nachgewiesen hat, daß 40 Prozent der Verseuchung durch die gewissen Tätigkeiten, also auf Initiative der Landwirtschaft zustandekommt. Auch dazu müßte man etwas Konkretes sagen. Umweltschutz. Ja, der Umweltschutz ist eine der komplexesten und aufwendigsten Initiativen, die es gibt. Echter Umweltschutz kostet eine Menge Geld. Ich bin der Meinung, daß dieses Geld von der Gemeinschaft aufgebracht werden soll, daß man da aber präziser sein muß. Wir haben z. B. in Bozen eine sehr schlechte Situation. Bozen ist eine der Städte gewesen mit einem geringen Anteil von Grün. Da fängt's ja schon an. Jetzt ist manches im Talferbett gemacht worden. Wenn man sieht, in welcher Art Bozen verbaut worden ist, und heute noch verbaut wird, dann weiß man, daß von Umweltschutz sehr viel geredet und nichts getan wird. Doch über das Problem Umweltschutz, darüber werde ich noch — weil es mir nicht nur als Politiker, sondern auch als Arzt besonders am Herzen liegt — bei anderer Gelegenheit ausführlich sprechen.

Ich glaube, ich habe mit diesen Argumenten manches gesagt, und nicht nur in polemischer Absicht, sondern mit dem konstruktiven Wunsche, Ideen und Vorstellungen der Sozialen Fortschrittspartei der neuen Landesregierung darzulegen.

Wenn ich eben zurückgreifen kann auf den berühmten Passus — die Botschaft hör' ich wohl, al-

lein mir fehlt der Glaube —, daß „gegenüber konstruktiven Beiträgen, der Landesausschuß ... tätig sein wird“, so hoffe ich daß diese meine Bemerkungen jenes Gehör finden, das glaube ich, unsere Partei, verdient, weil wir damit einen Fortschritt erreichen wollen. Damit wollen wir nicht nur eine abstrakte Kritik an der Tätigkeit der Landesregierung

üben, sondern Beiträge und Alternativen bieten wie sie einer sozialistischen Partei zustehen. Danke.

PRESIDENTE: La seduta è chiusa. Il Consiglio continua i suoi lavori domani, venerdì 22 marzo 1974, alle ore 15.30.

ORE 12.30 UHR